

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Chile

Claudia Heiss
CHILES RINGEN
UM EINE NEUE VERFASSUNG

Evelyn Hevia Jordán · Jan Stehle
COLONIA
DIGNIDAD

Stefan Rinke
KLEINE
GESCHICHTE CHILES

Eden Medina
DIE KYBERNETISCHE
REVOLUTION UND
DAS PROJEKT CYBERSYN

Stephan Ruderer
HYBRIDE
ERINNERUNG

Johanna Höhl
DIE MAPUCHE

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Chile

APuZ 35–36/2023

CLAUDIA HEISS

CHILES RINGEN UM EINE NEUE VERFASSUNG

Nach sozialen Unruhen ab 2019 sollte die aus der Diktatur stammende Verfassung von 1980 ersetzt werden. Der Prozess scheiterte, als der Entwurf in einem Referendum im September 2022 abgelehnt wurde. Über einen neuen Entwurf wird im Dezember 2023 abgestimmt.

Seite 04–10

EVELYN HEVIA JORDÁN · JAN STEHLE

COLONIA DIGNIDAD

1961 errichtete Paul Schäfer mit Gefolgsleuten südlich von Santiago de Chile eine quasi-autarke Siedlung, in der über 40 Jahre lang schwerste Verbrechen begangen wurden. Die Kolonie wurde zu einer Schlüsselakteurin im Repressionsapparat der Pinochet-Diktatur.

Seite 11–18

STEFAN RINKE

KLEINE GESCHICHTE CHILES

Während der Kolonialzeit war Chile ständiger Kriegsschauplatz, galt danach aber lange als stabilstes politisches System Lateinamerikas. Kurzzeitig war es Hoffnungsträger der Linken und später Symbol für Diktatur und die Missachtung der Menschenrechte.

Seite 19–25

KARTE

Seite 21

EDEN MEDINA

DIE KYBERNETISCHE REVOLUTION UND DAS PROJEKT CYBERSYN

Das politische Experiment des sozialistischen Chile bereitete den Boden für ein innovatives und technologisches Experiment: das Projekt Cybersyn. Kybernetik und Computertechnologie sollten der Allende-Regierung helfen, den wirtschaftlichen Wandel des Landes zu steuern.

Seite 26–33

STEPHAN RUDERER

HYBRIDE ERINNERUNG

Auf den ersten Blick fällt die Bilanz der Vergangenheitspolitik in Chile positiv aus. Allerdings hat sich in den fünf Jahrzehnten seit dem Putsch eine Erinnerungskultur herausgebildet, in der die „schlechten“ Seiten der Diktatur häufig mit den „guten“ aufgerechnet werden.

Seite 34–39

JOHANNA HÖHL

DIE MAPUCHE

Die Mapuche sind die größte indigene Gruppe in Chile. Weil ihre Gebiete im Süden des Landes für Landwirtschaft, Energiegewinnung und Tourismus attraktiv sind, entstehen Konflikte mit dem Staat und Unternehmen um Land- und Wassernutzung.

Seite 40–45

EDITORIAL

Vor 50 Jahren, am 11. September 1973, stürzten Teile des chilenischen Militärs die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende. Mit der Wahl Allendes stand 1970 weltweit erstmals ein bekennender Marxist an der Spitze eines demokratisch regierten Landes. Nach dreijähriger Amtszeit kam es zum Putsch: Die Luftwaffe bombardierte den Präsidentenpalast, Allende nahm sich das Leben, und der Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, Augusto Pinochet, kam an die Macht. Folter, politische Morde und Terror gegen Oppositionelle folgten. Die Gewaltherrschaft forderte nach offiziellen Angaben über 3200 Tote und „Verschwundene“ sowie rund 38 000 politische Gefangene und Folteropfer – die Dunkelziffer wird deutlich höher vermutet. Viele chilenischen Familien wissen bis heute nichts über den Verbleib ihrer verschleppten Angehörigen.

Zum Machtapparat der Diktatur gehörte auch eine Siedlung, die 1961 von ausgewanderten Deutschen rund um den Laienprediger Paul Schäfer gegründet worden war: die Colonia Dignidad. Rund 350 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago wurde dort systematisch sexualisierte Gewalt an Minderjährigen verübt – sowohl an Mitgliedern der Kolonie als auch an chilenischen Kindern aus der ländlichen Umgebung. Nach dem Putsch wurde die Colonia Dignidad zu einem Werkzeug der Diktatur und zu einem Ort, an dem politische Gegner gefoltert und ermordet wurden. Die Aufarbeitung der Verbrechen, an denen deutsche Behörden eine Mitverantwortung tragen, verläuft schleppend.

Die Pinochet-Diktatur endete 1990, aber sie wirkt auch jenseits der Menschenrechtsverletzungen nach: Das Wirtschaftssystem der sogenannten Chicago Boys – einer Gruppe liberaler chilenischer Ökonomen, die in den USA studiert hatten – gehört ebenso zu ihrem Erbe wie die Verfassung, die die Diktatur dem Land 1980 gab. Beides war Gegenstand der Massenproteste 2019, die schließlich zu sozialen Reformen und einem neuen Verfassungsentwurf führten. Eine deutliche Mehrheit der chilenischen Wählerinnen und Wähler lehnten diesen jedoch im September 2022 ab – eine schmerzliche Niederlage für alle, die die diktatorische Vergangenheit überwinden wollen. Nun liegt ein neuer Verfassungsentwurf vor, über den im Dezember 2023 abgestimmt werden soll.

Lorenz Abu Ayyash

CHILES RINGEN UM EINE NEUE VERFASSUNG

Claudia Heiss

Am 18. Oktober 2019 brachen in einem der wirtschaftlich und politisch stabilsten Länder Lateinamerikas Unruhen aus. Tausende Bürger gingen auf die Straße und sahen sich massiver Polizeigewalt ausgesetzt. Etwa 400 Menschen erblindeten oder erlitten Augenverletzungen durch den Einsatz von Plastikgeschossen. Mehr als 30 Menschen starben. Parallel zu den zahlreichen friedlichen Demonstrationen, auf denen „Würde“ und der Zugang zu sozialen Grundrechten eingefordert wurden, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen Metrostationen und Einrichtungen der öffentlichen und privaten Infrastruktur zerstört wurden. Die Unruhen hielten monatelang an, in Santiago und anderen Städten wurden die Proteste zu einem wöchentlichen Ritual. Erst die Corona-Pandemie beendete die Straßenproteste, nachdem im März 2020 die ersten Lockdowns verhängt worden waren.

Die soziale und politische Krise entwickelte sich vor dem Hintergrund einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums und einer damit einhergehenden Zunahme der privaten Verschuldung. Da in Chile Grundbedürfnisse wie Bildung, Wohnen und Gesundheit häufig privat finanziert werden, bedeutete dies eine zusätzliche Belastung für die von Armut Betroffenen. Im Gegensatz zu früheren Protesten, die von sozialen Bewegungen mit einer klaren Agenda getragen wurden, stand hinter diesem Aufstand keine bestimmte politische Gruppierung. Die Demonstrierenden richteten sich gegen eine sehr ungleiche sozioökonomische Struktur mit einem sehr schwachen sozialen Netz und gegen ein ausgrenzendes politisches System, das noch immer von Institutionen bestimmt wird, die Jahrzehnte zuvor während der Militärdiktatur geschaffen wurden.

Viele, von Sozialwissenschaftlern bis zu Wirtschaftseliten, waren von den Ereignissen überrascht. Dabei zeigt das politische System seit mehr als einem Jahrzehnt Krisensymptome wie einen

starken Rückgang des Vertrauens in die Institutionen und der Identifikation mit den politischen Parteien.⁰¹ Parallel dazu haben soziale Bewegungen an Bedeutung gewonnen.⁰² Seit dem Jahr 2000 haben die politischen Auseinandersetzungen zugenommen, verschiedene Gruppen haben mit Umverteilungs- und politischen Forderungen mobilisiert, darunter Themen wie das mangelhafte Renten- oder das ungerechte Bildungssystem, Feminismus, Geschlechtervielfalt, die Rechte indigener Gruppen und Umweltschutz. Gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung im Laufe der Zeit gesunken, was auf eine Entfremdung zwischen den politischen Eliten und den Wählerinnen und Wählern hindeutet.⁰³

DEMOKRATIE MIT ENKLAVEN

Nach 17 Jahren Militärdiktatur unter Augusto Pinochet konnte im Dezember 1989 mit den Kongress- und Präsidentschaftswahlen die Demokratie in Chile wiederhergestellt werden. Pinochet hatte das Land seit dem Sturz der demokratisch-sozialistischen Regierung von Salvador Allende durch einen Militärputsch am 11. September 1973 regiert. Bereits in seinen ersten Tagen an der Macht hatte Pinochet erklärt, die chilenische Politik reformieren und eine neue Verfassung verabschieden zu wollen, die die Demokratie vor gefährlichen inneren Kräften „schützt“.

Das Projekt zur Umgestaltung des Landes wurde 1977 vorgestellt, nachdem die Militärjunta und ihre Verbündeten vier Jahre an der Macht waren. An einem kalten Juliabend verkündete Pinochet auf dem Chacarillas, einem Hügel in Santiago, umgeben von jungen Anhängerinnen und Anhängern im Fackelschein, den Aufbau eines neuen politischen Systems mit einer „starken und energischen Autorität, um die Bürger vor Demagogie und Gewalt zu schützen“. Der „klassische liberale Staat“ sollte durch einen neuen ersetzt werden, der „der Freiheit und der Würde des



Demonstration am 24. 10. 2019 auf dem Baquedano-Platz in Santiago für eine neue Verfassung und den Rücktritt von Präsident Sebastián Piñera

Quelle: Muhammed Emin Canik/picture alliance/AA

Menschen und den Grundwerten des chilenischen Volkes verpflichtet ist“.⁰⁴ Pinochet sprach von technischen Lösungen für soziale Probleme und von der Notwendigkeit, die Rolle von Gewerkschaften, Parteien und Politikern einzuschränken. Er würde bestimmte, als gefährlich angesehene Ideen verbieten und die Streitkräfte zu Hütern der Institutionen machen. Dementsprechend enthielt die Verfassung von 1980 Beschränkungen für politische Parteien und Gewerkschaften sowie erhebliche Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit. Die politische Repräsentation war verzerrt, die Legislative bestand aus einer Kombination von ernannten Senatoren und einer Abgeordnetenkammer, deren Mitglieder durch ein eigenartiges binomiales Wahlsystem bestimmt

wurden.⁰⁵ Die Verfassung räumte der rechten Minderheit ein übermäßiges Vetorecht bei der Entscheidungsfindung ein und verletzte damit den Gleichheitsgrundsatz. Im Bereich der Bürgerrechte wurde ein individualistisches Modell eingeführt, das zu einer Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Lebens und einer Entpolitisierung der Zivilgesellschaft führte, wodurch die großen wirtschaftlichen Ungleichheiten fortbestanden.⁰⁶

Der Übergang zur Demokratie wurde 1990 eingeleitet, aber viele Bestimmungen aus der Zeit der Diktatur blieben als „Enklaven“ des alten Regimes bestehen.⁰⁷ Nach dem Referendum von 1988, in dem sich die Bevölkerung zwischen weiteren acht Jahren Pinochet und sofortigen Präsi-

01 Vgl. Juan P. Luna/David Altman, Uprooted But Stable: Chilean Parties and the Concept of Party System Institutionalization, in: *Latin American Politics and Society* 53/2011, S. 1–28.

02 Vgl. Sofia Donoso/Marisa von Bülow (Hrsg.), *Social Movements in Chile: Organization, Trajectories, and Political Consequences*, New York 2017.

03 Die Teilnahme an Wahlen war in Chile lange Zeit verpflichtend, 2012 wurde diese Wahlpflicht aufgehoben.

04 Augusto Pinochet, Discourse in the Chacarillas Hill on the Occasion of Celebrating the Day of Youth, Santiago 1977.

05 Das binomiale Wahlsystem ist eine Variante des Verhältniswahlsystems. Hat die Siegerpartei mehr als doppelt so viele Stimmen wie die zweitplatzierte Partei, so erhält sie beide Wahlkreissitze, ansonsten bekommt die zweitplatzierte Partei den anderen Sitz. Dieses System begünstigt die großen Parteien und erschwert die Vertretung der kleinen Parteien (*Anm. d. Red.*)

06 Vgl. Claudia Heiss/Esteban Szmulewicz, La Constitución Política de 1980, in: Carlos Huneeus/Octavio Avendaño (Hrsg.), *El sistema político de Chile*, Santiago 2018, S. 57–83.

07 Vgl. Manuel A. Garretón, *Incomplete Democracy*, Chapel Hill 2003.

dentschafts- und Parlamentswahlen entscheiden konnte – 44 Prozent stimmten für die Fortsetzung der Diktatur, 56 Prozent dagegen –, wurden in Verhandlungen zwischen der künftigen und der scheidenden Regierung 54 Verfassungsreformen auf den Weg gebracht. Diese beendeten unter anderem das Exil von Oppositionellen und das Verbot linker politischer Parteien. Im Gegenzug blieben große Teile des politisch autoritären und wirtschaftlich neoliberalen Modells vor weiteren Reformen geschützt.

Die Wirtschaftsordnung der Verfassung von 1980 sieht einen sogenannten subsidiären Staat vor. Diese von der Rechten befürwortete und während der Diktatur institutionalisierte Ordnung gibt der privaten Versorgung Vorrang vor der öffentlichen. Die Idee eines nationalen Fonds für Gesundheit, Bildung oder Renten, in den alle einzahlen – etwa über allgemeine Steuern – wird als verfassungswidrig angesehen. Die Verfassung ist somit einem neoliberalen Verständnis von Eigentum, wirtschaftlicher Freiheit und der Rolle des Staates in der Wirtschaft verpflichtet.⁰⁸

Auch nach der Rückkehr zur Demokratie 1990 blieb Pinochet bis 1998 Oberbefehlshaber des Heeres und behielt das von ihm geschaffene Amt eines Senators auf Lebenszeit, bis er im Oktober desselben Jahres während eines Aufenthalts in London wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet wurde. Die Verfassungsreformen von 1989 änderten zwar einige der bedenklichsten antidemokratischen Merkmale der Verfassung, andere blieben jedoch bestehen. Die Ernennung von Senatoren, die die Mehrheitsverhältnisse im Senat verzerrten, und die fehlende Möglichkeit des Präsidenten, die Oberbefehlshaber der Streitkräfte abzusetzen, blieben noch 15 Jahre bestehen. Mit der Verfassungsreform von 2005 wurde dann der Verweis auf das binomiale Wahlsystem gestrichen. Damit war der Weg frei für eine Änderung des Wahlsystems, die allerdings erst 2015, mit der Einführung eines stärker proportionalen Systems erfolgte.

Mit der Reform von 2005 wurden sowohl die Ernennung von Senatoren als auch das Amt des Senators auf Lebenszeit abgeschafft. Auch bei der Unterordnung des Militärs unter die zivile demokratische Macht wurden wesentliche Fortschritte erzielt. Gleichzeitig wurden die Befugnisse des Verfassungsgerichts gestärkt, um die Möglichkeit einer als verfassungswidrig angesehenen Umver-

teilungspolitik einzuschränken. All diese Veränderungen mussten das Vetorecht überwinden, das das politische System den politischen Erben der Diktatur einräumte.

Das erste Jahrzehnt der neuen Demokratie war geprägt von einem deutlichen Rückgang der Armut, einem historischen Wirtschaftswachstum und einer hoffnungsvollen politischen Stabilität. Von 1990 bis 2010 regierte in Chile eine Mitte-Links-Koalition, die sogenannte Concertación, ein breites Parteienbündnis bestehend aus der Partido Demócrata Cristiano (Christdemokratische Partei Chiles, PDC), der Partido por la Democracia (Partei für Demokratie, PPD), der Partido Socialista de Chile (Sozialistische Partei Chiles, PS) und der Partido Radical Social Demócrata (Radikale und Sozialdemokratische Partei, PRSD). Die Kommunistische Partei war nicht an der Regierung beteiligt, unterstützte aber häufig die Kandidaten der Concertación gegen die Kandidaten der Rechten. Drei Präsidenten – die Christdemokraten Patricio Aylwin (1990–1994) und Eduardo Frei (1994–2000) sowie der Sozialist Ricardo Lagos (2000–2006) – führten das Land in eine Zeit des politischen Optimismus und makroökonomischen Wohlstands. Mit der nachfolgenden Regierung der Concertación zeigte der politische Konsens jedoch erste Risse. Die erste Präsidentin des Landes, die Sozialistin Michelle Bachelet (2006–2010), wurde in einer Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den politischen Eliten gewählt. Ihre Koalition endete vier Jahre später mit dem Sieg des ersten rechtsgerichteten Präsidentschaftskandidaten seit 1958: Sebastián Piñera (2010–2014). Bachelet kehrte für eine zweite Amtszeit (2014–2018) zurück, in der sie von einem neuen Bündnis, der Nueva Mayoría (Neue Mehrheit), unterstützt wurde, dem neben den ehemaligen Mitgliedern der Concertación auch die Kommunistische Partei angehörte. Vor den nächsten Präsidentschaftswahlen verließ die Christdemokratische Partei die Koalition, und der rechtsgerichtete Piñera regierte für eine zweite Amtszeit (2018–2022).

Eine politikwissenschaftliche Analyse der sozialistischen Regierungen unter Ricardo Lagos und der ersten Regierung Bachelet ergab, dass die Veränderungen in den Bereichen Arbeit und Marktregulierung „moderat“ und die Förderung der Bürgerbeteiligung „spärlich“ waren. Dafür werden drei Gründe angeführt: die Rolle der politischen Entscheidungsträger und ihre schwache Bindung an die Parteibasis und die Zivilgesellschaft; die Tatsa-

⁰⁸ Vgl. Heiss/Szmulewicz (Anm. 6), S. 77.

che, dass es sich um Koalitionsregierungen handelte; und die Beschränkungen durch die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der Pinochet-Ära, insbesondere durch die Verfassung von 1980.⁰⁹

Die Concertación hat zwar viel erreicht, bezahlte dafür jedoch einen hohen Preis. Ihre Identität und programmatische Agenda litten unter dem breiten Parteienspektrum. Zu den Koalitionspartnern gehörten sowohl ein linker Flügel mit einer sozialdemokratischen Agenda als auch eine politische Mitte, die mit dem bestehenden sozio-ökonomischen Modell zufrieden war. Die lange Regierungszeit trug dazu bei, dass die Koalitionsparteien als Elite wahrgenommen wurden, die sich mehr um die für die Regierungsarbeit notwendigen Absprachen und Verhandlungen kümmerte als um die Beziehungen zu den einfachen Bürgerinnen und Bürgern. Zudem wurde der Concertación vorgeworfen, die gesellschaftliche Demobilisierung am Ende der Diktatur als Strategie zur Sicherung der eigenen Regierungsfähigkeit genutzt zu haben.¹⁰ Die Verbindungen zu den sozialen Organisationen und Bewegungen an der Basis gingen verloren, was Jahrzehnte später zur Entstehung einer sozialen Bewegung führte, die in Opposition zu den politischen Parteien stand.

VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMMLUNG

Auslöser der sozialen Unruhen 2019 war eine geringfügige Fahrpreiserhöhung um 30 Pesos (unter zehn Cent in Euro) für die U-Bahn in Santiago. Unter den Initiatoren waren viele junge Menschen, ähnlich wie 2006, als Schülerinnen und Studenten für die Abschaffung der gewinnorientierten, kostenpflichtigen Privatschulen demonstriert und damit zahlreiche Proteste im Land ausgelöst hatten. Die Forderungen der Bewegung, die in dem Satz „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre“ zusammengefasst wurden, verwiesen auf das Ausbleiben struktureller Reformen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich seit der

Wiederherstellung der Demokratie. Soziale Ungleichheiten blieben bestehen, und niedrige Löhne sowie ein fehlendes soziales Netz führten dazu, dass sich immer mehr Familien verschuldeten.

Nach einmonatigen Protesten einigten sich die politischen Parteien am 15. November 2019 darauf, einen demokratischen Verfassungsprozess einzuleiten. Präsidentin Bachelet hatte bereits 2016 versucht, das Projekt in einem von oben gesteuerten Prozess anzugehen, war aber am heftigen Widerstand der Rechten und an der halbherzigen Unterstützung ihrer eigenen Koalitionspartner gescheitert. Diesmal zwang der Druck von unten das politische Establishment, die Reform auf den Weg zu bringen.

Im Dezember 2019 wurde per Gesetz ein dreistufiger Zeitplan für die Bürgerbeteiligung festgelegt: In einem Plebiszit sollten die Bürger befragt werden, ob sie eine neue Verfassung wollen und welche Versammlung diese ausarbeiten soll. Danach sollten sie in einer weiteren Wahl über die Zusammensetzung einer verfassungsgebenden Versammlung mit 155 Mitgliedern entscheiden und schließlich in einem Referendum über die Ratifizierung der neuen Verfassung abstimmen. Nur für die letzte Wahl sollte Wahlpflicht gelten.

Das Referendum vom 25. Oktober 2020 ergab eine Zustimmung von 78 Prozent für eine neue Verfassung. Zudem stimmten die Wählerinnen und Wähler für eine komplett neu gewählte Versammlung anstelle eines Gremiums, das sich aus neu gewählten Abgeordneten und Mitgliedern des bestehenden Kongresses zusammensetzt. Die Wahlbeteiligung betrug 51 Prozent.

An den Wahlen zur neuen verfassungsgebenden Versammlung am 14. und 15. Mai 2021 nahmen nur 43 Prozent der Wahlberechtigten teil. Eine Erklärung für diesen Rückgang könnte der Unterschied zwischen einer Wahl und einem Referendum sein. Es ist offenbar einfacher, die aktuelle Verfassung abzulehnen, als sich für einzelne Personen zu entscheiden, die an einer neuen Verfassung arbeiten sollen. Zudem war die Wahl sehr komplex, da über vier verschiedene Vorgänge entschieden wurde: Neben den 155 Mitgliedern der Nationalversammlung wurde über 345 Bürgermeister, 2252 Gemeinderäte und 16 Regionalgouverneure abgestimmt.

Da der Verfassungsgebungsprozess aus einer sozialen Bewegung heraus entstanden war, die den politischen Parteien ablehnend gegenüberstand, wurde den unabhängigen Kandidaten eine Sonderregelung

⁰⁹ Vgl. Evelyn Huber/Jennifer Pribble/John Stephens, *The Chilean Left in Power: Achievements, Failures, and Omissions*, in: Kurt Weyland/Raul L. Madrid/Wendy Hunter (Hrsg.), *Leftist Governments in Latin America. Successes and Shortcomings*, Cambridge 2010, S. 77–97.

¹⁰ Vgl. Emmanuelle Barozet, *Entre la urna, las redes sociales y la calle*, in: Manuel Antonio Garretón (Hrsg.), *La gran ruptura. Institucionalidad política y actores sociales en el Chile del Siglo XXI*, Santiago 2016, S. 21–58.

zugestanden, die es ihnen ermöglichte, gleichberechtigt mit den Kandidaten der Parteien an den Wahlen teilzunehmen. Am Ende schafften es unabhängige Kandidaten von drei Listen in die verfassungsgebende Versammlung – La Lista del Pueblo (Volksliste), Movimientos Sociales (Liste der sozialen Bewegungen) und Independientes No Neutrales (Unabhängige Nicht-Neutrale). Außerdem wurde zum ersten Mal in Chile – und weltweit – die Geschlechterparität in einem verfassungsgebenden Gremium erreicht. Die indigenen Völker erhielten 17 Sitze, was ihrem demografischen Anteil in Chile entspricht. Diese besonderen Regelungen führten zu einer verfassungsgebenden Versammlung, die in kultureller, geschlechtlicher und sozioökonomischer Hinsicht eine größere Vielfalt aufwies als jedes andere repräsentative Gremium zuvor.

Das Ergebnis war in vierfacher Hinsicht überraschend: eine klare Niederlage der Rechten, mäßige Ergebnisse für die Mitte-Links-Vertreter, Erfolge für die Linke und massive Zugewinne für die Unabhängigen. Entsprechend fragmentiert war die verfassungsgebende Versammlung, die nach links tendierte und zu zwei Dritteln aus Unabhängigen bestand. Erstmals waren Frauen und indigene Völker entsprechend ihrem demografischen Anteil vertreten.

Die für den Verfassungsentwurf vorgeschlagenen Normen mussten von der Versammlung mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden. Wenn eine Norm dieses Quorum nicht erreichte, wurde sie nicht in den Entwurf aufgenommen. Die rechte Koalition erhielt nur 20 Prozent der Stimmen und war damit weit von dem Drittel entfernt, das notwendig war, um Vorschläge in der Versammlung zu blockieren. Eine Abstrafung der Regierung Piñera könnte zumindest einen Teil des Ergebnisses erklären. Am zweitstärksten betroffen war die Mitte-Links-Liste, zu der die traditionellen Parteien der ehemaligen Concertación gehörten; sie erhielt insgesamt nur 25 Sitze. Dass die Wählerinnen und Wähler den Kandidaten der Mitte-Links-Liste die kalte Schulter zeigten, ist auf die Ablehnung der traditionellen politischen Parteien und wahrscheinlich auch auf die Unzufriedenheit mit deren bisheriger Regierungsarbeit zurückzuführen.

Besser schnitten die Gruppierungen des linken politischen Spektrums ab. Ihre Liste, die mehrere Bewegungen und Parteien umfasste, darunter die Kommunistische Partei und die Frente Amplio (Breite Front), errang 28 Sitze und

war damit stärker als die traditionelle linke Mitte. Diese Parteien, von denen einige aus der Studentenbewegung von 2011 hervorgegangen sind, waren bei den Parlamentswahlen 2017 zum ersten Mal angetreten und konnten dank des neuen Verhältniswahlrechts, das das binomiale System ablöste, in den Kongress einziehen.

Allerdings reichte die Mehrheit der Linken in der verfassungsgebenden Versammlung nicht aus, um ihre eigene Agenda durchzubringen. Die Zersplitterung, das Fehlen einer programmatischen Strategie, die mangelnde Parteidisziplin und Mitglieder, die nur für ein bestimmtes Thema eintraten, standen einem Erfolg im Wege. Hitzige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen nährten das Image von Chaos und Inkompetenz. Einige Neuerungen des Verfassungsentwurfs erwiesen sich zudem als unpopulär: So wurden etwa Tierrechte als Bedrohung der Tradition und etablierten Lebensweise empfunden. Die Bezeichnung Chiles als plurinationaler Staat schien für einige im Widerspruch zum Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz zu stehen. Fehlinformationen und Fake News schürten die Angst vor einer Schwächung der Eigentumsrechte.

Ein weiteres wichtiges Element, das die Arbeit des Konvents beeinflusste, war die Wahl von Gabriel Boric (Convergencia Social, CS) zum Präsidenten, der sich mit Unterstützung der neuen linken Parteien durchsetzen konnte. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im November 2021 lag der rechtsextreme Kandidat Jose Antonio Kast noch vor Boric. Bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen gab es praktisch einen Gleichstand zwischen Linken und Rechten. Bei der Stichwahl im Dezember erhielt Boric, der nun auch von der Mitte als kleineres Übel unterstützt wurde, eine deutliche Mehrheit.

Der Entwurf, den der Verfassungskonvent von Juli 2021 bis Juli 2022 ausgearbeitet hatte, umfasste eine Vielzahl von Rechten: soziale, ökologische, indigene, reproduktive, territoriale, geschlechtsspezifische und andere. Beim Referendum am 4. September 2022, an dem 86 Prozent der 15 Millionen in die Wählerlisten eingetragenen Chileninnen und Chilenen teilnahmen, wurde der Text mit 62 Prozent abgelehnt.

Die Linken und die Unabhängigen, die einst die Regierung Piñera herausgefordert hatten, waren nun Teil des politischen Establishments, nicht nur, weil sie die Mehrheit in der verfassungsgebenden Versammlung stellten, sondern auch, weil

sie sich mit den neuen Regierungsparteien und dem jungen neuen Präsidenten Boric, einem ehemaligen Studentenführer, identifizierten.

IN RECHTER HAND

Nach dem Scheitern der Verfassungsgebenden Versammlung 2022 wurde ein neuer Versuch unternommen, auf die Legitimitätskrise der Verfassung von 1980 und das eindeutige Ergebnis des Referendums vom Oktober 2020 zu reagieren. Die Kampagne gegen den von der verfassungsgebenden Versammlung vorgelegten Entwurf zielte nicht auf die Beibehaltung der alten Verfassung ab, sondern stellte den Vorschlag als spalterisch dar und forderte eine bessere, „eine, die uns eint“.

Mit der Stärkung der Rechten bei den Parlamentswahlen im November 2021 und der Ablehnung des Verfassungsentwurfs im September 2022 stand die Zukunft einer neuen Verfassung auf der Kippe. Während die extreme Rechte an der Verfassung von 1980 festhielt, sahen viele der rechten Mitte und der Wirtschaft zugewandte Politikerinnen und Politiker in der Beibehaltung der bestehenden Verfassung eine Quelle politischer Instabilität und sprachen sich daher für eine moderate Reform aus. Der Legitimitätsverlust der bestehenden Verfassung nach den Unruhen von 2019 führte im Dezember 2022 zu einer neuen politischen Übereinkunft für einen neuen Anlauf im Verfassungsprozess.

Der neue Prozess war in vielerlei Hinsicht ein Spiegelbild seines Vorgängers. Nach der Ablehnung des Entwurfs im September 2022 beschränkte sich die Debatte über einen neuen verfassungsgebenden Prozess auf die politischen Parteien und den Kongress. Die Verhandlungen dauerten fast 100 Tage, doch am 12. Dezember 2022 unterzeichneten die Parteien schließlich das sogenannte Übereinkommen für Chile. Dabei handelte es sich um ein fünfseitiges Dokument, das zwölf zuvor ausgehandelte Verfassungslinien beziehungsweise -prinzipien enthielt, die von den Verfassungsgebern nicht angetastet werden dürfen.

Statt wie zuvor bei Null anzufangen, wurde eine Kommission aus 24 Expertinnen und Experten von den Parteien entsprechend ihrer Stärke im Kongress ernannt und mit der Ausarbeitung eines ersten Entwurfs beauftragt. Am 7. Mai 2023 wurde dann ein 50-köpfiger Verfassungsrat gewählt, der diesen Entwurf überarbeiten und ergänzen sollte. Die besonderen Wahlregeln für

Unabhängige wurden gestrichen, und eine Regelung zur Wahl der Vertreter der indigenen Völker im Verhältnis zur Wahlbeteiligung führte dazu, dass nur ein einziger indigener Vertreter gewählt wurde. Die einzige Sonderregel, die aus dem vorherigen Prozess übernommen wurde, war die Geschlechterparität. Überraschenderweise führten die Wahlen am 7. Mai zu einem überwältigenden Erfolg der 2019 gegründeten rechtsextremen Republikanischen Partei. Wenn das Problem der vorherigen Versammlung darin bestand, dass sie zu weit links von der durchschnittlichen chilenischen Wählerschaft stand, so stand die neue Versammlung zu weit rechts.

Nach den Unruhen von 2019 hatten soziale Bewegungen und Unabhängige die politische Arena betreten, vor allem durch die verfassungsgebende Versammlung. Die durch die Coronapandemie ab 2020 ausgelöste Unsicherheit und die Wirtschaftskrise hatten zu einer Stärkung der Konservativen und damit zu einer zunehmenden Ablehnung der Versammlung und ihres Entwurfs geführt. 2019 waren zwei neue rechte Parteien entstanden: die Republikanische Partei und die Volkspartei. Beide lehnten das von den traditionellen rechten Parteien unterzeichnete Übereinkommen für Chile mit der Begründung ab, dass die Verfassung von 1980 nicht geändert werden dürfe. Die linken Parteien hingegen unterstützten den Prozess, auch wenn einige Organisationen seine Legitimität infrage stellten, da er ihrer Ansicht nach von den Eliten vereinnahmt worden sei. Diese Gruppen äußerten die Befürchtung, dass ein von der Rechten kontrollierter Prozess dazu führen könnte, das von der Diktatur etablierte soziale und politische Modell mit minimalen Reformen zu beschönigen und damit zu rehabilitieren.

Der Ausgang der Wahlen zum Verfassungsrat am 7. Mai 2023 war entscheidend für den weiteren Verlauf des Verfassungsprozesses. Der Wahlkampf stieß auf wenig Interesse und konzentrierte sich mehr auf aktuelle Themen als auf Verfassungsfragen; so wurden unter anderem Sicherheit, Bewahrung der Traditionen oder Unterstützung der Polizei versprochen. Allein die Republikanische Partei gewann 23 Sitze (35 Prozent), während die traditionelle rechte Koalition nur auf elf Sitze (21 Prozent) kam. Die Linke errang 16 Sitze (29 Prozent), während die Mitte-Parteien der ehemaligen Concertación – Christdemokraten, Partei für Demokratie und Radikale Partei –, die getrennt von den

Sozialisten und anderen linken Gruppierungen angetreten waren, keinen einzigen Sitz erhielten.

Der Verfassungsrat hat die Aufgabe, den von der Expertenkommission im Juni 2023 vorgelegten Entwurf zu diskutieren und zu überarbeiten. Seine Beschlüsse werden mit Zweidrittelmehrheit gefasst, was bedeutet, dass die Republikaner über genügend Stimmen verfügen, um jeden Änderungsvorschlag zu blockieren. Umgekehrt können sie im Bündnis mit der traditionellen rechten Koalition jede Änderung durchsetzen, ohne um die Stimmen der Linken werben zu müssen. Anfang November 2023 muss der Rat seinen Verfassungsentwurf vorlegen, ein Plebiszit zur Ratifizierung ist für den 17. Dezember vorgesehen.

Paradoxiere liege es in den Händen rechter Parteien, eine Verfassung zu ändern, die jahrzehntelang die Positionen dieser Gruppen gestärkt hat. Die Republikanische Partei, die die Verfassung von 1980 vehement verteidigt, hat nun die Führung bei der Änderung des Textes übernommen. Ein Erfolg bei diesem Unterfangen würde ihre Chancen erhöhen, sich als politische Kraft zu etablieren, die in absehbarer Zeit die Führung des Landes übernehmen könnte. So wie die Linke nach ihrem überwältigenden Sieg bei den Wahlen zum Verfassungskonvent 2021 ihr reformistisches Mandat überinterpretiert zu haben scheint, besteht diese Gefahr nun unter umgekehrten Vorzeichen, wenn die Rechte beschließt, ihre politische Agenda über die Verfassung voranzutreiben.

Der moderate Entwurf der Expertenkommission wurde vom Rat bereits mit über 1000 Änderungsvorschlägen versehen, von denen einige den subsidiären Staat über die Bestimmungen der Verfassung von 1980 hinaus stärken oder bestimmte Regelungen expliziter formulieren als in der geltenden Verfassung. Zu den Vorschlägen, die die Rechte dem Entwurf hinzufügen möchte, gehören die verfassungsmäßig garantierte Freiheit bei der Wahl des Gesundheitssystems, das Recht, Rentenfonds zu erben, die Freiheit der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder ohne staatliche Einmischung zu bestimmen, die Schwächung des Streikrechts, die Abschaffung der Geschlechterparität und die Verringerung der Zahl der Sitze pro Bezirk bei den Parlamentswahlen. Es scheint also möglich, dass am Ende ein Text herauskommt, der konservativer ist als die bestehende Verfassung. Obwohl es noch keinen endgültigen Entwurf gibt, deuten Umfragen darauf hin, dass die Wähler den Vorschlag bei den Wahlen im Dezember ablehnen werden.

In diesem Fall würde die chilenische Bevölkerung ihre Verfassung von 1980 behalten. Jede Hoffnung auf eine Überwindung der strukturellen und institutionellen Probleme, die 2019 zu den Unruhen und dem Misstrauen gegenüber der Politik geführt haben, wäre damit zerstört. Der politische Prozess um die Verfassungsfrage hat jedoch bereits wichtige Veränderungen in Gang gesetzt. Die Legitimitätskrise der Verfassung hat zu zwei wichtigen Änderungen geführt: die Senkung des Quorums für Verfassungsänderungen von zwei Drittel auf vier Siebtel und die Senkung des Quorums für die Änderung von 17 Sondergesetzen, die von der Diktatur erlassen wurden, von vier Siebtel auf eine einfache Mehrheit. Diese Verfassungsnormen regeln wichtige Bereiche wie das Bildungswesen, die Streitkräfte oder die Zentralbank, um nur einige zu nennen. Sie waren Enklaven der Diktatur, die den Spielraum demokratischer Politik einschränkten.

Die flexiblere Ausgestaltung der Verfassungsnormen eröffnet neue Möglichkeiten, die Verfassungsreform im politischen Alltag und im Kongress weiter zu diskutieren und Änderungen einzubringen. Höhere Quoren sollten eigentlich der Herbeiführung eines breiten gesellschaftlichen Konsenses dienen und nicht dem Schutz von Regelungen, die dem Land von einer Diktatur auferlegt wurden. Der alte und der aktuelle Verfassungsprozess in Chile zeigen, dass ein Konsens sehr schwer zu erreichen ist. Wenn eine Gruppe über genügend Stimmen verfügt, um ihre Gegner zu überstimmen, erscheint es unrealistisch, auf eine Selbstbeschränkung ihrerseits selbst in grundlegenden Verfassungsfragen zu hoffen. Dies scheint die traurige Lehre aus den bisherigen chilenischen Erfahrungen zu sein. Als die Rechte in der Minderheit war, forderte sie, dass nur geringfügige Eingriffe in die Verfassung vorgenommen werden sollten. Nur ein Jahr später, nun im Besitz der Mehrheit, scheint dies nicht mehr zu gelten. Die Bürgerinnen und Bürger werden im Dezember entscheiden, ob der Verfassungsrat die gleichen Fehler gemacht hat wie sein Vorgänger.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.

CLAUDIA HEISS

Claudia Heiss ist Professorin für Politikwissenschaften an der Universidad de Chile in Santiago de Chile.

cheiss@iap.uchile.cl

„MIT ALLER ZURÜCKHALTUNG“

Das deutsch-chilenische Verbrechen Colonia Dignidad

Evelyn Hevia Jordán · Jan Stehle

Am 4. Januar 1961 landete der deutsche Laienprediger Paul Schäfer auf dem Flughafen von Santiago de Chile. Er floh vor der deutschen Justiz. Etwa zeitgleich nahm die Bonner Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Schäfer wegen des Verdachts auf sexuellen Missbrauch Minderjähriger auf. In den kommenden zwei Jahren folgten ihm etwa 250 Anhänger:innen aus Deutschland. Etwa 350 Kilometer südlich der Hauptstadt errichteten sie die sogenannte Colonia Dignidad („Kolonie der Würde“), eine quasi-autarke Siedlung, in der über 40 Jahre lang schwerste Verbrechen begangen wurden. Für Paul Schäfer war die Colonia Dignidad ein Ort, an dem er straflos sexualisierte Gewalt ausüben konnte. Um die Existenz des Ortes abzusichern, knüpfte Schäfer und seine Getreuen ein System von Lobby- und Unterstützungsnetzwerken. Am wichtigsten war dabei die Allianz mit der chilenischen Militärdiktatur ab 1973. Die Colonia Dignidad wurde zu einer Schlüsselakteurin im Repressionsapparat der Diktatur und genoss im Gegenzug deren bedingungslose Unterstützung.

2023 jährt sich der Staatsstreich von Augusto Pinochet in Chile vom 11. September 1973 zum 50. Mal. In seiner Folge herrschte fast 17 Jahre – bis 1990 – eine zivil-militärische Diktatur. Das Datum spaltet die chilenische Gesellschaft bis heute.⁰¹ Gleichzeitig verweist es auf fünf Dimensionen der noch ausstehenden Bearbeitung dieser Vergangenheit: Es geht um die Aufklärung begangener Verbrechen (Wahrheit), die Bestrafung der dafür Verantwortlichen (Gerechtigkeit), den politischen und kulturellen Umgang mit dieser Zeit (Erinnerung), die materielle und symbolische Entschädigung von Betroffenen (Wiedergutmachung) sowie die Sicherstellung, dass sich solche Menschenrechtsverletzungen nicht wiederholen (Garantien der Nichtwiederholung).

Die Debatten und Forderungen rund um das Gedenken an den 50. Jahrestag des Putsches sind eng mit der Colonia Dignidad verbunden. Dieses dunkle und noch offene Kapitel der jüngeren chi-

lenisch-deutschen Geschichte wurde in den vergangenen Jahren – vor allem durch Druck der um Aufklärung bemühten Akteure – in beiden Ländern verstärkt präsent: in Ermittlungsverfahren, Politik, Medien und Öffentlichkeit.⁰²

Wir bieten zunächst einen Überblick über die Verbrechen der Colonia Dignidad als kriminelle Gruppierung und Organisation. Anschließend schildern wir die bisherige strafrechtliche und politische Aufarbeitung dieser Verbrechen in Deutschland und Chile und reflektieren schließlich über den Stand der gesellschaftlichen Erinnerung an die Colonia Dignidad.

INTERNE UND EXTERNE VERBRECHEN

Mit der Verhaftung von Paul Schäfer im März 2005 endete eines der „größten Menschenrechtsverbrechen unter deutscher Beteiligung“ nach 1945.⁰³ Seit Mitte der 1950er Jahre hatten Mitglieder der Gruppe eine Vielzahl unterschiedlicher Verbrechen begangen, viele davon kontinuierlich und in Kenntnis deutscher wie chilenischer Behörden. Das Primärverbrechen war die von Paul Schäfer ausgeübte sexualisierte Gewalt.⁰⁴ Viele andere Taten dienten letztlich dazu, diese Verbrechen zu decken oder die Colonia Dignidad als Ort zu erhalten, an dem Schäfer ohne Angst vor Strafverfolgung agieren konnte – sie können daher als Sekundärverbrechen bezeichnet werden. Zur Verschleierung dieser Taten betrieb die Colonia Dignidad – sozusagen als soziale Fassade – ein Krankenhaus und eine Schule. Nach außen stellte sich die Colonia Dignidad als altruistisches Projekt für die arme lokale Bevölkerung dar. Dieses Narrativ verfiel sowohl innerhalb der Gruppe als auch bei Unterstützer:innen in Chile und in der Bundesrepublik.

Als pseudoreligiöse kriminelle Gruppe beging die Colonia Dignidad Taten gegen ihre eigenen Mitglieder, sogenannte *interne Verbrechen*. Ihre Ziele waren die Durchsetzung und der Erhalt der



Paul Schäfer (rechts) als Leiter einer Jungengruppe in den 1950er Jahren

Quelle: Archiv FDCL

Machtstrukturen innerhalb der Gruppe sowie die Unterwerfung ihrer Mitglieder unter den Willen Paul Schäfers. Vor Ort herrschten sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse. Die Mitglieder mussten ohne Entlohnung oder festgelegte Ruhezeiten arbeiten, Familienstrukturen wurden aufgelöst, und das Leben fand in geschlechtergetrennten Gruppen statt. Um die Siedlung errichteten Mitglieder einen mit Bewegungsmeldern, Mikrofonen und Kameras versehenen Zaun. Ein ausgeklügeltes System der gegenseitigen Bespitzelung und Bestrafung sowie eine Pflicht zur persönlichen Beichte gegenüber Schäfer sorgten einerseits für eine vollständige Überwachung und andererseits dafür, dass alle Fäden bei Schäfer zusammenliefen. Versuchte trotz-

dem jemand zu fliehen, so rückte die Sicherheitsgruppe mit Fahrzeugen und Spürhunden aus, um dies zu verhindern. Jeglicher Akt der Auflehnung gegen das interne Zwangssystem wurde mit drakonischen Maßnahmen bestraft. Dazu gehörten kollektive Prügelstrafen, das Traktieren mit Elektroschocks, um das Gedächtnis zu löschen, und die zwangsweise Vergabe von Psychopharmaka zur Ruhigstellung. Fast alle männlichen Siedlungsbeohner, die dort geboren wurden oder als Kinder in der Colonia Dignidad lebten, wurden Opfer sexualisierter Gewalt durch Paul Schäfer. In den vergangenen Jahren wurden zunehmend auch Fälle sexualisierter Gewalt von Schäfer gegen Mädchen und Frauen bekannt.⁰⁵ Opfer dieser Gewalt wurden auch auf betrügerische Art und Weise adoptierte Chilen:innen sowie Kinder aus der Umgebung der Colonia Dignidad, die systematisch zu vermeintlichen Freizeit- und Bildungsaktivitäten dorthin gebracht wurden.

Gleichzeitig sicherte die Colonia Dignidad mit *externen Verbrechen* ihre Macht nach außen ab. Zentral sind hier die gemeinsam mit der chileni-

01 Siehe hierzu auch den Beitrag von Stephan Ruderer in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

02 Vgl. Jan Stehle, *Der Fall Colonia Dignidad. Zum Umgang bundesdeutscher Außenpolitik und Justiz mit Menschenrechtsverletzungen 1961–2020*, Bielefeld 2021, S. 32ff., www.transcript-verlag.de/media/pdf/3c/95/c0/0a9783839458716.pdf.

03 Vgl. Martin Knobbe, *Eines der größten Menschenrechtsverbrechen unter deutscher Beteiligung*, 14.10.2022, www.spiegel.de/politik/deutschland/a-ee1f8749-7eb8-4093-923c-1075cdee6494.

04 Vgl. Stehle (Anm. 2), S. 150.

05 Vgl. Heike Rittel/Jürgen Karwelat, *Lasst uns reden. Frauenprotokolle aus der Colonia Dignidad*, Stuttgart 2018.

schen Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Mord und Verschwindenlassen politischer Gegner:innen. Bereits nach dem Wahlsieg des Sozialisten Salvador Allende 1970 verbündete sich die Siedlung mit militanten Rechtsextremisten und einigen der späteren Putschisten. Mit dem Putsch gegen Allende vom September 1973 wurde die Colonia Dignidad zum wichtigen Bestandteil des Repressionsapparates der Diktatur. Es gab direkte vertrauensvolle Verbindungen der Gruppe zur Spitze des Geheimdienstes DINA und zu Pinochet persönlich.⁰⁶ Das Ausmaß dieser Kooperation ist noch immer nicht vollständig erforscht. Fest steht, dass die Colonia Dignidad selbst geheimdienstlich sowie im Waffenhandel aktiv war. Sie versorgte die Repressionsorgane der Diktatur mit Kommunikationstechnologie und Waffen. Weiter fungierte sie als Schulungsstätte für Agent:innen der DINA sowie als Haft- und Tötungslager. Zwischen 1973 und 1977 wurden Hunderte politische Gefangene in der Colonia Dignidad gefoltert und verhört. Vermutlich über hundert wurden in der Siedlung ermordet. Ihre sterblichen Überreste konnten bis heute nicht gefunden werden. Insgesamt gab es während der chilenischen Diktatur laut jüngsten Zahlen der Regierung 1469 Opfer gewaltvollen Verschwindenlassens. Bislang konnten nur 307 von ihnen mithilfe forensischer Untersuchungen identifiziert werden.⁰⁷

STRAFRECHTLICHE AUFARBEITUNG

Im Mai 2011 flüchtete Hartmut Hopp, eine der wichtigsten Führungspersonen der Colonia Dignidad, unter Umgehung einer Ausreisesperre vor der chilenischen Justiz nach Deutschland.⁰⁸ In Chile war er kurz zuvor wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch Minderjähriger zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. In weiteren Verfahren war er angeklagt oder bereits zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Die bundesdeutsche Justiz hatte seit 1988 strafrechtlich gegen Hopp ermittelt. Allerdings stellte die Bonner Staatsanwaltschaft ihre Er-

mittlungen 2010 – nach 22 Jahren – ergebnislos ein. Hopp vertraute daher darauf, dass er keine Anklage oder gar Verurteilung in Deutschland mehr zu befürchten habe. Damit sollte er recht behalten: 2019 stellte auch die Staatsanwaltschaft Krefeld ihre Ermittlungen ein, die sie 2011 nach Strafanzeigen von Menschenrechtsanwält:innen eröffnet hatte. Die Tatvorwürfe lauteten Mord, Beihilfe zum sexuellen Missbrauch und Körperverletzung.⁰⁹

Einen Großteil der Verbrechen der Colonia Dignidad begingen deutsche Staatsangehörige in Chile. Die Taten richteten sich ebenso gegen chilenische wie gegen deutsche Staatsangehörige. Daher bestand eine doppelte Zuständigkeit der bundesdeutschen und der chilenischen Justiz.¹⁰ Doch in beiden Ländern ließ die Justiz jahrzehntlang das kriminelle Wirken der Täter:innen eher geschehen, anstatt die Opfer zu schützen und für Aufklärung zu sorgen. Die Colonia Dignidad beschäftigte derweil ganze Teams von Anwält:innen in beiden Ländern, um gegen aufklärerische Initiativen vorzugehen.

Das zeigt das Beispiel Wolfgang Müllers. Ihm gelang 1966 als Erstem die Flucht aus der Colonia Dignidad. Die chilenischen Behörden inhaftierten Müller und verurteilten ihn wegen Verleumdung. Als Amnesty International 1977 in einer Broschüre Aussagen von Folterüberlebenden aus der Colonia Dignidad zusammentrug, erließ das Bonner Landgericht auf Antrag der Siedlung eine einstweilige Verfügung, die es der Menschenrechtsorganisation bis 1997 untersagte, die „unbelegte Behauptung“ von Folterungen in der Colonia Dignidad zu verbreiten.¹¹ Insgesamt protegierte die chilenische Justiz die Colonia Dignidad während der Diktatur vollständig. Auch während der *transición*, dem Übergang zur Demokratie ab 1990, gab es starke Kontinuitäten. Erst Strafanzeigen durch Eltern von in der Siedlung sexuell missbrauchten chilenischen Kindern sorgten für engagiertere Strafermittlungen.¹² Diese zwangen Paul Schäfer schließlich zum Verlassen der Siedlung. Er begab sich nach Argentinien,

06 Vgl. Stehle (Anm. 2), S. 258 ff.

07 Vgl. Victoria Dannemann, *Búsqueda de Desaparecidos: esfuerzo por encontrar respuestas*, 26. 4. 2023, www.dw.com/a-65444922.

08 Vgl. European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), *ECCHR-Stellungnahme zu der Rolle von Hartmut W. Hopp innerhalb der Colonia Dignidad*, 6. 10. 2011, www.ecchr.eu/fileadmin/Pressemitteilungen_deutsch/Stellungnahme_Colonia_Dignidad_Hopp_-_2011-10-06.pdf.

09 Vgl. ECCHR-Stellungnahme bezüglich der Einstellungen der Ermittlungen im Tatkomplex Colonia Dignidad, 9. 12. 2020, www.ecchr.eu/fileadmin/Juristische_Dokumente/Stellungnahme_ECCHR_Einstellung_Hopp_Colonia_Dignidad_Dez2020.pdf.

10 Vgl. Stehle (Anm. 2), S. 311 ff.

11 Vgl. Amnesty International, *Colonia Dignidad: deutsches Mustergut in Chile – ein Folterlager der DINA*, Frankfurt/M. 1977.

12 Vgl. Ute Löhning, *Sie brachten die Colonia Dignidad zu Fall*, 5. 6. 2019, www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/broadcast-contrib-swr-28808.html.



Augusto Pinochet bei einem Besuch des Casino Familiar der Colonia Dignidad in Bulnes mit Paul Schäfer (rechts) und weiteren Führungsmitgliedern der Gruppierung, o. J.

Quelle: Winfried Hempel

wo er 2005 unter anderem dank des Engagements von Journalist:innen sowie des Menschenrechtsanwalts Hernán Fernández gefasst wurde.

Nach Schäfers Inhaftierung ermittelte die chilenische Justiz unter anderem wegen Mord, Folter, Körperverletzung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Es kam zu einer Reihe von Einzelurteilen, die die Existenz der diversen Verbrechenosphären der Colonia Dignidad juristisch feststellten. Viele weitere Einzelaten wurden jedoch nicht juristisch verfolgt, auch weil Mitglieder der Colonia Dignidad keine Strafanzeigen einreichten. Die meisten Haftstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt, und viele Beschuldigte setzten sich noch vor einem Urteil nach Deutschland ab. 2010 starb Schäfer in chilenischer Haft. Drei Jahre später wurden in Chile erstmals Mitglieder der Colonia Dignidad wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch und der Vergewaltigung Minderjähriger zu effektiven Haftstrafen verurteilt.

Heute konzentrieren sich die chilenischen Ermittlungen fast ausschließlich auf die Suche nach Personen, die in der Colonia Dignidad ermordet wurden und nach wie vor verschwunden sind. Mehrere Mitglieder der Colonia Dignidad bestätigten in Aussagen vor Gericht die Ermordung politischer Gefangener in der Siedlung. Forensische Untersuchungen konnten Erdbewegungen im fraglichen Zeitraum feststellen, die vermutlich

mit der Existenz von Massengräbern in Zusammenhang stehen. Jedoch konnten bislang keine sterblichen Überreste oder DNA-Spuren gefunden werden.¹³ Fast 50 Jahre nach den mutmaßlichen Taten werden die Ermittlungen immer mehr zu einem Lauf gegen die Zeit. Viele Angehörige von Verschwundenen, aber auch viele Zeug:innen und mutmaßliche Täter:innen sind in den vergangenen Jahren verstorben. Es droht die sogenannte biologische Straflosigkeit.¹⁴

Im Juni 2022 kündigte der chilenische Staatspräsident Gabriel Boric einen nationalen Suchplan für die Opfer des gewaltsamen Verschwindenlassens während der Diktatur an. Dessen partizipative Ausarbeitung umfasste eine Reihe von Treffen mit Angehörigenverbänden und Expert:innen. Am 30. August 2023, dem Internationalen Tag der Opfer des gewaltsamen Verschwindenlassens, sollen die Einzelheiten dieses Plans bekannt gegeben werden.

In Deutschland ermittelten verschiedene Staatsanwaltschaften zwischen 1961 und 2019 fast durchgehend mit Bezug zur Colonia Dignidad. Sämtliche Verfahren wurden jedoch – teilweise nach Jahrzehnten – eingestellt, weil angeblich kein hinreichender Tatverdacht gegen die Beschuldigten bestand.¹⁵ Folgenreich war vor allem eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf.¹⁶ In dem Verfahren ging es um ein chilenisches Haftvollstreckungsersuchen gegen Hartmut Hopp, der sich durch seine Flucht einer Haftstrafe in Chile entzogen hatte. Das Gericht lehnte dieses Ersuchen ab und beschied der Colonia Dignidad sogar, auch eine Wohltätigkeits- und Erziehungsgesellschaft gewesen zu sein.¹⁷ Nur wenige Monate nach diesem Beschluss des höchsten nordrhein-westfälischen Gerichts stellten die Staatsanwaltschaften in Krefeld und Münster ihre Ermittlungen gegen Hartmut Hopp und Reinhard Döring ein und markierten damit

¹³ Vgl. Iván Cáceres, Colonia Dignidad. Auf den Spuren Der Verschwundenen, in: Stefan Rinke/Philipp Kandler/Dorothee Wein (Hrsg.), Colonia Dignidad. Neue Debatten und interdisziplinäre Perspektiven, Frankfurt/M.–New York 2023, S. 149–169.

¹⁴ Vgl. Joannie Jean, Battles for Memory and Justice in Chile. Struggles for Remembrance, Legitimacy and Accountability, Cham 2023, S. 134.

¹⁵ Vgl. Stehle (Anm. 2), S. 387 ff.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 451 ff.

¹⁷ Vgl. Wolfgang Kaleck/Andreas Schüller, Colonia Dignidad, ein deutscher Justizskandal, 17. 10. 2018, www.lto.de/recht/hintergruende/h/colonia-dignidad-justizskandal-nrw-chile-pinochet-hopp-sekte.

das bisherige Ende der vollständig ergebnislosen strafrechtlichen Verfolgung der Verbrechen der Colonia Dignidad in Deutschland.

Die zaghaften Ermittlungen in der Bundesrepublik, bei denen den Aussagen von Führungsmitgliedern der Colonia Dignidad oftmals mehr glauben geschenkt wurde als den Opfern und ihren konkreten Schilderungen von Straftaten, bestärkte die mutmaßlichen Täter:innen darin, vor der chilenischen Justiz nach Deutschland zu flüchten. Da das Grundgesetz deutsche Staatsbürger:innen grundsätzlich vor Auslieferung schützt und die meisten Taten – bis auf Mord – inzwischen verjährt sind, wurde die Bundesrepublik faktisch zum sicheren Hafen für ehemalige Mitglieder der Colonia Dignidad – auch für solche, die von der chilenischen Justiz teilweise per internationalem Haftbefehl gesucht werden.

POLITISCHE AUFARBEITUNG

Am 26. April 2016 lud der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu einer Rede ins Auswärtige Amt (AA) ein, in der er die Rolle der deutschen Diplomatie im Fall Colonia Dignidad kritisch beleuchtete – ein ungewöhnlicher Vorgang für diese Behörde, die eher für ihre Beharrungskräfte als für selbstkritische Kurskorrekturen bekannt ist. Zumindest auf der Ebene verbaler Bekenntnisse war die Bundesregierung, die lange gezögert hatte, eine bundesdeutsche Mitverantwortung für die Verbrechen der Colonia Dignidad einzuräumen, nun einen Schritt weiter gegangen.¹⁸

In Chile wurde die Colonia Dignidad in den Berichten der zur Aufarbeitung der Diktatur eingerichteten Wahrheitskommissionen zwar kurz erwähnt, dies kann jedoch nicht als Anerkennung staatlicher Verantwortung gewertet werden. Bis heute tut sich Chile mit einer politischen Aufarbeitung der Colonia Dignidad schwer. Das hat auch damit zu tun, dass die chilenische Gesellschaft infolge der *transición* weiterhin stark polarisiert ist. In weiten Teilen der Bevölkerung koexistieren bis heute vollkommen entgegengesetzte Narrative über den Putsch und seine Folgen. Aufgrund vielfältiger Verbindungen besteht hier eine direkte Assoziation zwischen der Colo-

nia Dignidad und seiner langjährigen Unterstützung vornehmlich durch die politische Rechte.¹⁹

Die bundesdeutsche Seite bezog zwar ab 1990 – vor allem in internen Diskussionen – klare Haltung zur Colonia Dignidad, bemühte sich jedoch sehr, die Hauptverantwortung für das Thema in Chile zu verorten. Politik und Justiz in Deutschland leisteten keinen Beitrag zur Beendigung der weiterhin stattfindenden Verbrechen. Stattdessen verfolgte das AA die Strategie, den Fortbestand der Colonia Dignidad auch über eine etwaige Festnahme seiner Führungspersonen hinaus zu gewährleisten.²⁰ Das Amt argumentierte hier vornehmlich mit einer Verantwortung und Fürsorgepflicht für deutsche Staatsbürger:innen, die aufgrund ihres Alters und ihrer Traumatisierung nicht unmittelbar in der „Außenwelt“ überlebensfähig seien. Es dürfte jedoch auch eine Rolle gespielt haben, dass nach einer Schließung die Mehrheit der etwa 300 Bewohner:innen wahrscheinlich nach Deutschland emigriert wären. Dies hätte sicherlich eine breite Medienberichterstattung zur Folge gehabt und damit verbunden auch Fragen nach der Mitverantwortung der Bundesregierung für die jahrzehntelangen Verbrechen der Colonia Dignidad aufgeworfen.

Aufgrund der *transición* in Chile, in der Kräfte aus der Zeit der Diktatur weiter politischen Einfluss ausübten, aber auch dank einer zahnlosen deutschen Justiz und einer deutschen Außenpolitik, die vor allem bemüht war, die eigene Verantwortung zu begrenzen, schaffte es die Colonia Dignidad, bis 2005 fortzubestehen. Schon zwischen 1988 und 1990 hatte die Colonia Dignidad eine Reihe von Gesellschaften sowie die sogenannte ABC-Holding gegründet, um eine Auflösung der Rechtsperson der Colonia Dignidad zu umgehen.²¹

Nach Schäfers Festnahme 2005 begann in der Colonia Dignidad ein langsamer Öffnungs- und Demokratisierungsprozess. Bereits einige Jahre zuvor hatte sich die Siedlung den neuen Namen „Villa Baviera“ („Bayerndorf“) gegeben. Die Bundesregierung bot den Bewohner:innen psychotherapeutische Unterstützung an. Gleichzeitig förderte sie die Unternehmensholding über Maßnahmen der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

¹⁸ Vgl. Auswärtiges Amt, Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Veranstaltung „Colonia Dignidad“, 26. 4. 2016, www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/160426-colonia-dignidad/280124.

¹⁹ Vgl. Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Piñera beruft ehemaligen Unterstützer der Colonia Dignidad zum chilenischen Minister für Justiz und Menschenrechte, 25. 1. 2018, www.fdcl.org/wp-content/uploads/2018/01/PM-Colonia-Dignidad_25012018.pdf.

²⁰ Vgl. Stehle (Anm. 2), S. 543.

²¹ Vgl. ebd., S. 136 ff.

(heute Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und setzte sich dafür ein, dass von der chilenischen Justiz verfügte Beschlagnahmen von Ländereien der Siedlung aufgehoben wurden. Bis heute gehören das Land und die Unternehmen der Villa Baviera. Neben Land- und Forstwirtschaft betreibt diese seit einigen Jahren auch Tourismus. Ein Restaurant und ein Hotel in der Siedlung setzen wie zu Zeiten der Colonia Dignidad auf ein folkloristisch-deutsches Außenbild.

Angehörige von Verschwundenen aus der Region protestieren seit vielen Jahren an den Toren der Siedlung dagegen und fordern neben Aufklärung und Gerechtigkeit die Transformation des Ortes in eine nach wissenschaftlichen Kriterien gestalteten Gedenkstätte. 2013 beendete die Bundesregierung ihre Unterstützung für die ABC-Holding und steuerte zumindest teilweise um: Seit 2014 werden mit Mitteln des AA Veranstaltungen mit verschiedenen Betroffenengruppen organisiert. Unter Leitung von Elke Gryglewski, Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, sollen diese den Dialog und die Kommunikation zwischen den diversen Opfern und Betroffenen fördern und als Grundlage für die Errichtung einer Gedenk-, Bildungs- und Dokumentationsstätte am historischen Ort dienen.²²

Spätestens Steinmeiers Eingeständnis einer bundesdeutschen (Teil-)Verantwortung 2016 warf die Frage nach einer angemessenen Aufarbeitung auf. 2017 forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung einstimmig zu einer Reihe von Maßnahmen auf.²³ Einzelne davon, wie ein Hilfsfonds für die Opfer²⁴ oder ein wissenschaftlich aufbereitetes Oral-History-Projekt,²⁵ werden inzwischen umgesetzt. Doch die großen Herausforderungen bleiben ungelöst: Die Förderung einer umfassenden strafrechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen der Colonia Dignidad, die Untersuchung ihres Vermögens und die Errichtung der Gedenkstätte. All dies gehört zum Mandat einer deutsch-chilenischen Regierungskommission, die ebenfalls 2017 ins Leben gerufen wurde, seitdem jedoch keine substanziellen Fortschritte erreichen

konnte. Die Kommission beauftragte jeweils zwei deutsche und chilenische Expert:innen mit der Entwicklung eines Gedenkstättenkonzepts. Das fertige Konzept wurde beiden Regierungen 2021 übergeben – die Umsetzung ist jedoch bis heute noch nicht in die Wege geleitet worden.²⁶

WISSENSCHAFTLICHE UND KULTURELLE AUFARBEITUNG

Seit jeher und bis 1990 unter dem staatlichen Schutz der Diktatur ging die Colonia Dignidad mit Verleumdungsklagen und Kampagnen gegen Menschen vor, die ihre Verbrechen öffentlich thematisierten. 1987 veröffentlichte der chilenische Filmemacher Orlando Lübbert in der Bundesrepublik den Spielfilm „Die Kolonie“. Die fiktive Geschichte war inspiriert von den damaligen Ereignissen und den juristischen Angriffen der Colonia Dignidad auf Aufklärer:innen. Im folgenden Jahr strahlte die ARD den Film aus, deutsche Medien kommentierten ihn. Die Colonia Dignidad beobachtete das und legte Informationen darüber in ihrem Geheimarchiv ab.²⁷ Allerdings entfaltete Lübberts Film nicht dieselbe politische Wirkung wie Florian Gallenbergers Spielfilm „Colonia Dignidad – es gibt kein Zurück“ von 2015. Neben den Verbrechen der Colonia Dignidad thematisierte dieser auch die Rolle bundesdeutscher Diplomaten, die freundschaftliche Beziehungen zur Siedlung pflegten. Trotz der hochkarätigen Besetzung mit Emma Watson und Daniel Brühl in den Hauptrollen blieb der Film kommerziell hinter den Erwartungen zurück. Politisch hatte er jedoch durchaus einen Effekt. Frank-Walter Steinmeier zeigte ihn im April 2016 im AA vor seiner Rede zur Colonia Dignidad und lud Gallenberger im Anschluss auf das Podium ein. Nachdem die Siedlung jahrzehntelang vor allem in journalistischen Beiträgen thematisiert worden war, die vor allem Opfern und Zeug:innen eine Stimme gaben, läutete Gallenbergers Film eine neue Etappe der Mediatisierung ein. In den folgenden Jahren entstand eine Reihe von Filmen und Serien über die Colonia Dignidad, sowohl in fiktionaler als auch in dokumentarischer Form.

Kritisch diskutiert wurde beispielsweise die ab 2020 unter anderem bei Arte und Netflix ausgestrahlte Dokuserie „Colonia Dignidad. Eine

22 Vgl. Evelyn Hevia Jordán/Jan Stehle, Partizipative Aufarbeitung der Verbrechen und Geschichte in Colonia Dignidad, Chile, in: Stephan Bundschuh et al. (Hrsg.), Partizipativ erinnern. Praktiken | Forschung | Diskurse, Düsseldorf 2022, S. 76–82.

23 Vgl. Bundestagsdrucksache 18/12943, 27.6.2017.

24 Vgl. Bundestagsdrucksache 19/32501, 17.9.2021.

25 Colonia Dignidad – Ein chilenisch-deutsches Oral History-Archiv, www.cdoh.net.

26 Vgl. Ute Löhning, Gedenken und Dokumentieren, 7.7.2021, <https://taz.de/5783546>.

27 Archivo Nacional de la Administración (ARNAD), Fondo Sociedad Benefactora Colonia Dignidad, 0092.



Demonstration von Angehörigen Verschwundener vor der Colonia Dignidad, o.J.

Quelle: Privatarchiv Mercedes Fernández Barra; CDOH

deutsche Sekte in Chile“. Die drei wesentlichen Kritikpunkte beziehen sich erstens auf die Darstellung Paul Schäfers als Einzeltäter,²⁸ zweitens auf die willkürliche Auswahl der zitierten Bewohner:innen der Colonia Dignidad²⁹ und drittens auf die Herkunft des dokumentarischen Materials. Die Produktionsfirma erhielt dies von Führungsmitgliedern der Siedlung und hält es unter Verschluss, anstatt es in Gänze Wissenschaft und Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.³⁰

Die von Amazon Prime produzierte und seit 2022 ausgestrahlte Dokuserie „The Survivors, Colonia Dignidad“ thematisiert die engen Verbindungen der chilenischen Rechten zur Colonia Dignidad. Sie zeigt beispielsweise Archivaufnahmen, wie Hernán Larraín, von 2018 bis 2022 chilenischer Minister für Justiz und Menschenrechte, Vorwürfe gegen die Siedlung wegen sexuellen Missbrauchs an chilenischen Kindern leugnet und deren vermeintlich wohlwärtigen Charakter betont. Aufgrund der

Serie geriet Larraín zwar unter öffentlichen Druck, musste sein Amt aber nicht aufgeben. Derzeit setzt er seine politische Karriere als ernannter Experte für den gegenwärtigen Verfassungsprozess fort.³¹

Die Wissenschaft hat erst nach und nach zur Erforschung, Analyse und zum Verständnis der Colonia Dignidad beigetragen. In den vergangenen zehn Jahren wurden einige umfangreichere Studien veröffentlicht.³² Vom Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin wurde zudem das erwähnte Oral-History-Archiv zur Colonia Dignidad realisiert, in dem 64 lebensgeschichtliche Interviews auf einer zweisprachigen Onlineplattform bereitgestellt werden.

31 Vgl. Cathy Schneider/Sofia Williamson-García, Chile's New Constitutional Process Shifts to the Right, 15.2.2023, <https://nacla.org/chiles-new-constitutional-process-shifts-right>.

32 Folgende Dissertationen sind in den vergangenen Jahren erschienen und sind allesamt Open-Access-Publikationen: Meike Dreckmann-Nielen, Die Colonia Dignidad zwischen Erinnern und Vergessen, Bielefeld 2022, www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6213-9/die-colonia-dignidad-zwischen-erinnern-und-vergessen; Stehle (Anm. 2); Horst Rückert, Vom Folterzentrum der Militärdiktatur zum Ferienort. Die Geschichte der „Villa Baviera“ in Chile, Darmstadt 2022, https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/34324/9783534274574_Refubium.pdf; Marcela Douglas, Hopes and Horror – An Ethnographic Study of a German Community in Chile, Tromsø 2013, <https://munin.uit.no/handle/10037/5810>.

28 Vgl. Ute Löhning, Zwei Blicke zurück, 10.1.2022, www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/chile-colonia-dignidad-netflix-stehle.

29 Vgl. Peter Burghardt, Das bunte Grauen, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 26.10.2021, S. 27.

30 Vgl. ders., Folklore und Folter, in: SZ, 16.3.2020, S. 25.

ERRICHTUNG EINER GEDENKSTÄTTE

Die kulturelle und wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas hat zwar dazu geführt, dass inzwischen mehr Menschen über die Verbrechen der Colonia Dignidad informiert sind. Doch die Betroffenen warten nach wie vor auf Antworten auf zahlreiche offene Fragen und Forderungen. Ein zentrales Anliegen der Betroffenen wäre durchaus umsetzbar: Die Errichtung einer Gedenk-, Bildungs- und Dokumentationsstätte am historischen Ort der Verbrechen. Umfangreiche Vorarbeiten, etwa in Form der Dialogveranstaltungen oder eines Gedenkstättenkonzepts, hat es wie erwähnt bereits gegeben.³³ Die Betroffenen sind sich einig, dass die historischen Fakten am Ort der Verbrechen erzählt werden sollten. Außerdem soll das Gelände von einem unabhängigen Träger verwaltet werden anstatt von den derzeitigen Eigentümern, den Nachfolgegesellschaften der Colonia Dignidad. Und schließlich soll eine Gedenkstätte in unabhängigen, aber miteinander verbundenen Ausstellungen die Geschichte verschiedener Opfergruppen erzählen.³⁴

Im Januar 2023 war Bundeskanzler Olaf Scholz auf Staatsbesuch in Chile. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärte der chilenische Präsident Gabriel Boric, dass es zur Rolle des chilenischen Staates gehöre, „weiterhin unermüdlich für die vollständige Wahrheit und die vollständige Gerechtigkeit zu arbeiten“. Boric dankte Scholz für seine „Bereitschaft, zur Suche nach der Wahrheit beizutragen und die ehemalige Colonia Dignidad zu einem Ort der Erinnerung zu machen“. Scholz reagierte darauf, indem er seine Bereitschaft zum Ausdruck brachte, die chilenische Regierung zu unterstützen. „Es ist ganz klar: Wir sind Partner der Regierung. Wir wollen hilfreich sein. Wir wissen, wie sensibel das ganze Thema ist. Es gibt verschiedene Opfergruppen. Dadurch ist es auch nicht einfacher, eine gute Lösung zu finden. Deshalb werden wir auch mit aller Zurückhaltung ak-

tiv unsere Unterstützung anbieten und das, was wir tun können, gern tun. Über diese Prozesse muss aber im Lande [Chile] entschieden werden. Wir sind dabei aus gutem Grund ein Partner.“³⁵ Diese vorsichtige Formulierung spiegelt die Linie der Bundesregierung wider, zwar eigene Verfehlungen einzuräumen, die Hauptverantwortung für die Verbrechen der Colonia Dignidad und deren Aufarbeitung aber weiterhin in Chile zu verorten.

ZURÜCKHALTUNG ABLEGEN

1977 ließ die Colonia Dignidad Amnesty International und die Zeitschrift „Stern“ gerichtlich die Aussage untersagen, die Colonia Dignidad sei ein Folterlager des chilenischen Geheimdienstes. Daraufhin fertigte die Politische Abteilung des AA eine Vorlage für den damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher an. Darin heißt es: „Stern‘ und Amnesty International berufen sich auf die Aussagen von zwei namentlich genannten Exilchilenen und einer ungenannten Exilchilenin. Die Beweise für deren Behauptungen, in der ‚Colonia Dignidad‘ gefoltert worden zu sein, wirken nicht sehr überzeugend. Nach dem Motto ‚in dubio pro reo‘ dürfte es angebracht sein, äußerste Zurückhaltung zu üben.“³⁶

Diese Zurückhaltung des AA spielte der chilenischen Diktatur in die Hände – auf Kosten der Opfer. Daraus zu lernen, würde bedeuten, eine opferzentrierte Menschenrechtspolitik zur Prämisse des eigenen politischen Handelns zu machen und diese jahrzehntelang praktizierte Zurückhaltung abzulegen. 50 Jahre nach dem Putsch wäre die Grundsteinlegung für eine Gedenkstätte in der Colonia Dignidad ein wichtiges politisches Zeichen für einen Kurswechsel im bilateralen Aufarbeitungsprozess dieses dunklen Kapitels der deutsch-chilenischen Beziehungen.

EVELYN HEVIA JORDÁN

ist Psychologin und Historikerin. Sie forscht an der Katholischen Universität Silva Henríquez und promoviert am Lateinamerika Institut der Freien Universität Berlin.
eveheviajordan@gmail.com

JAN STEHLE

ist Volkswirt und promovierter Politikwissenschaftler. Er ist am Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) tätig.
jan.stehle@fdcl.org

³³ Vgl. Hevia Jordán/Stehle (Anm. 22).

³⁴ Vgl. Ute Löhning, Colonia Dignidad zwischen Folklore-tourismus und Gedenkstätte, 12. 11. 2022, www.iz3w.org/artikel/colonia-dignidad-tourismus-villa-baviera.

³⁵ Vgl. Bundesregierung, Mitschrift Pressekonferenz von Bundeskanzler Scholz und Präsident Boric am 30. 1. 2023, www.bundesregierung.de/2023-2161346.

³⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Zwischenarchiv Bd. 111129. Ministervorlage Abt. 3 vom 29. 4. 1977. Betr.: Deutsche Siedlung „Colonia Dignidad in Chile“.

KLEINE GESCHICHTE CHILES

Stefan Rinke

Chile gilt als Land mit verrückter Geografie und liegt aus europäischer und durchaus auch aus chilenischer Sicht am Ende der Welt. Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat das Land jedoch immer wieder große internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der „chilenische Weg zum Sozialismus“ unter Salvador Allende und der Militärputsch von 1973 weckten weltweites Interesse an den politischen Vorgängen in Chile. Heute ist die Auseinandersetzung mit dem Erbe der Diktatur immer noch ein Thema der internationalen Berichterstattung, und die sozialen Unruhen sowie die 2019 ausgebrochene Debatte um die Verfassungsreform stehen in diesem Zeichen.

Die chilenische Diktatur, ihre Aufarbeitung seit 1990 und die neuen Entwicklungen des Landes seit der Jahrtausendwende sind nur als historische Entwicklung zu verstehen. In der spanischen Kolonialzeit war Chile ein permanenter Kriegsschauplatz, aber danach galt es lange Zeit als stabilstes politisches System Lateinamerikas. Kurzzeitig war es Hoffnungsträger der Linken und Brennpunkt des Kalten Krieges, gleichzeitig Symbol für ein neoliberales „Wirtschaftswunderland“ sowie für Diktatur und brutale Missachtung der Menschenrechte. Heute ist das Schwellenland Chile eine Ausnahmeerscheinung in einem krisengeplagten Kontinent, da es eine stabile wirtschaftliche und politische Struktur aufweist.⁰¹

BESIEDLUNG UND KOLONIALZEIT

Wir wissen nicht, wann genau Chile erstmals von Menschen besiedelt wurde. Neuere archäologische Erkenntnisse legen aber nahe, dass dies viel früher der Fall war, als bislang angenommen. In dem Land mit seinen vielen unterschiedlichen Naturräumen entwickelten sich sehr unterschiedliche Kulturen: Von den Aymara im hohen Norden über die Diaguita im sogenannten kleinen Norden, die Picunche, die Huilliche und viele andere im Zentrum bis hin zu den Aonikenk und Selk'nam im tiefen Süden war die Vielfalt beeindruckend. Im 15. Jahrhundert kamen weite Teile des Nordens unter die Kon-

trolle des expandierenden Inkareiches, während die Gruppen im Süden erfolgreich Widerstand leisteten. Man schätzt, dass bei der Ankunft der Europäer im 16. Jahrhundert etwa eine Million Menschen auf dem Gebiet des heutigen Chile lebten.

Die Eroberung Chiles durch europäische Konquistadoren erfolgte ab Mitte der 1530er Jahre von Norden her, nachdem das Inkareich gefallen war. Nach einer erfolglosen ersten Expedition unter Diego de Almagro unternahm Pedro de Valdivia, der unter dem Konquistador Francisco Pizarro gedient hatte, einen erneuten und dieses Mal erfolgreichen Eroberungszug, obwohl die Region als arm und gefährlich galt. Am 12. Februar 1541 gründete Valdivia die Stadt Santiago del Nuevo Extremo als Provinzhauptstadt, die nach seiner Heimat in Spanien Nueva Extremadura benannt wurde. Die Eroberung war damit allerdings noch keineswegs gesichert, denn die indigenen Gruppen wehrten sich und attackierten die spanischen Eindringlinge. Eine gewisse Konsolidierung ihrer Herrschaft erlangten die Spanier nur unter großen Verlusten und Rückschlägen im Zentrum Chiles. Im Süden dagegen scheiterten ihre Bemühungen am Widerstand der sogenannten Araukaner, dem auch Valdivia selbst zum Opfer fiel.

Der Krieg dauerte viele Jahrzehnte, ehe 1641 im Frieden von Quilín ein Modus Vivendi gefunden wurde. Der Bío Bío wurde zum Grenzfluss erklärt. Die Spanier erkannten die Unabhängigkeit der Indigenen an und verpflichteten sich, keine Siedlungen südlich des Flusses zu gründen. Die Indigenen versprachen ihrerseits, Missionare in ihrem Gebiet zuzulassen. Allerdings brachte der Friedensvertrag nicht die erhoffte Beruhigung, denn beide Seiten setzten mit kleinen Überraschungsangriffen die Kämpfe fort, um Beute zu machen. So kam die Expansion des spanischen Kolonialreichs in Chile unübersehbar an ihr Ende. Das Grundproblem der Eroberer war, dass ihnen anders als im Fall der Azteken oder Inkas nicht ein zentralisiertes Reich gegenüberstand, sondern eine unüberschaubare Zahl von Kampfverbänden, die sich unter einzelnen Kriegshäuptlingen phasenweise zusammenschlos-

sen. Gelang es, einen der Anführer auszuschalten, fand sich schnell ein neuer, der den Kampf fortsetzte. Im Gegensatz zu anderen Grenzregionen des Reiches gestanden die Spanier ihr Scheitern in Chile offiziell ein.

Der unbeugsame Widerstand der indigenen Gruppen führte zur Herausbildung einer Grenzsituation mit zahlreichen sozioökonomischen und kulturellen Eigenarten. Bis ins 19. Jahrhundert reichte das von den Spaniern kontrollierte Territorium effektiv nicht über den Bío Bío hinaus, wenn man von den Enklaven Valdivia und der Insel Chiloé absieht. Parallel dazu, aber keineswegs isoliert, lebten weitere indigene Gesellschaften im Süden, die sich ebenso wie die der Spanier im Norden durch den Kulturkontakt tiefgreifend wandelten. In diesem Zeitraum setzte sich die Sammelbezeichnung Mapuche für die autonomen indigenen Gemeinschaften des Südens durch.⁰²

Anders als in anderen Teilen der Neuen Welt verhinderten die permanenten Kriege lange Zeit die Herausbildung einer differenzierten Gesellschaft und Wirtschaft. Bis weit ins 17. Jahrhundert hinein konnte soziale Distinktion nur durch militärischen Rang erreicht werden. Im Laufe des 17. Jahrhunderts bildete sich eine soziale Oberschicht von Kreolen – in Amerika geborene Spanier – heraus, deren Macht auf Handel und Landbesitz basierte. Grundlage dafür war das Nachlassen der direkten Kriegsgefahr in der Zentralzone. In dieser Region entstand eine großflächige Landwirtschaft, die Haciendawirtschaft, die Chile lange Zeit prägen sollte. Bereits um 1650 waren die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen zwischen den Städten Santiago und La Serena vollständig aufgeteilt. Im Laufe des 18. Jahrhunderts gewannen die Großgrundbesitzer immer mehr an Einfluss.

Im relativ isolierten Mikrokosmos der Hacienda übte der Besitzer Herrschaftsfunktionen aus. Außerdem stellte er die Verbindung zu den kommerziellen Zentren der Städte her, wo er in der Regel einen Wohnsitz hatte, sich um die Vermehrung seines Reichtums durch den Handel seiner Produkte bemühte und seinen Wohlstand demonstrativ zur Schau stellte. Ergänzt wurde diese Haltung durch das Streben nach politischen Ämtern, die im spanischen Kolonialreich käuflich er-

worben werden konnten. Schließlich waren die Pflege und der Ausbau der verwandtschaftlichen Beziehungen zu Gleichrangigen wichtig und bildeten die Voraussetzung für den engen Zusammenhalt der chilenischen Oberschicht.

Trotz der sozialen Konsolidierung war das Leben in Chile während der Kolonialzeit von Unsicherheit geprägt. Zahllose Naturkatastrophen ereigneten sich. Die Menschen reagierten darauf unter anderem mit einer ausgeprägten Volksfrömmigkeit, die sich an den vielen kirchlichen Festen und Wallfahrten ablesen lässt. Gefahren drohten auch von außen. Wie überall in den Küstenregionen Hispanoamerikas waren auch in Chile die Angriffe ausländischer Piraten eine ständige Bedrohung.

Aus Sicht der Dynastie der Bourbonen, die 1700 die Thronfolge in Spanien angetreten hatten, waren die Piratenangriffe ein Ausdruck der vielen Missstände, die die Kolonialpolitik kennzeichneten. Im Laufe des 18. Jahrhunderts versuchte die Krone eine Reihe von Reformmaßnahmen durchzusetzen. Besonders wichtig war die graduelle Veränderung der Handelswege in Südamerika. In diesem Zusammenhang profitierte Chile vom Aufstieg der Hafenstadt Buenos Aires auf Kosten des alten vizeköniglichen Hofes in Lima. Die administrativen Reformen der Bourbonen wirkten sich für Chile positiv aus. Der absolutistische Reformismus bezog auch das Militär ein. Die Reformen hatten allerdings ihren Preis. Insbesondere das Anziehen der Steuerschraube machte sich auch in Chile zunehmend bemerkbar. Die bourbonischen Reformen ließen ein Konfliktpotenzial entstehen, das in einem geeigneten Moment zu ernststen Problemen im Verhältnis zwischen dem Mutterland und der Kolonie führen konnte.

UNABHÄNGIGKEIT

Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert grenzten sich die Kreolen Chiles zunehmend von den Europa-Spaniern ab. Bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts hatte sich eine neuartige regionale Identität entwickelt; man entdeckte das typisch Chilenische an der eigenen Region. Aufgeklärte Denker beschrieben die Möglichkeiten und Potenziale dieser Region und betonten die Eigenart und den spezifischen Wert im Vergleich zu anderen Landesteilen. Dabei waren im Fall Chiles die Faktoren, ein Kriegsgebiet und abhängig von Peru zu sein, von zentraler Bedeutung. Der Prozess der Bewusstseinsbildung, der sich spezifisch

01 Für eine detailliertere Analyse mit weiterführender Literatur siehe Stefan Rinke, *Kleine Geschichte Chiles*, München 2022².

02 Siehe hierzu auch den Beitrag von Johanna Höhl in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

auf Chile bezog, fügte sich nahtlos in das Denken der Aufklärung ein, das durch den Absolutismus selbst gefördert worden war. London wurde um die Jahrhundertwende zu einem Zentrum südamerikanischer Unabhängigkeitsbefürworter, unter ihnen der junge chilenische Kreole Bernardo O’Higgins, ein unehelicher Sohn des königlichen Gouverneurs und späteren Vizekönigs von Peru Ambrosio O’Higgins. In diesem Kontext entstanden die Voraussetzungen für einen revolutionären politischen Umbruch.

Bis 1810 kam es allerdings in Chile zu keinen größeren Rebellionen gegen die Kolonialmacht. Eine Umbruchsituation entstand erst auf den Anstoß von außen hin. Die Ereignisse in Spanien 1808, die Besetzung des Landes durch Napoleon und die Einsetzung von dessen Bruder Joseph Bonaparte als König, der spanische Volksaufstand sowie die Guerrillakämpfe gegen die französischen Besatzer schufen ein Machtvakuum in Amerika, das sich auch in Chile auswirkte. Nachdem sich im April und Mai 1810 zuerst im venezolanischen Caracas und dann im argentinischen Buenos Aires Juntas bildeten, die die kolonialen Gouverneure ablösten und die Regierungsgewalt an sich nahmen, zog man in Chile am 18. September, dem heutigen Nationalfeiertag, nach.

Allerdings war an Unabhängigkeit noch nicht zu denken. Die Mitglieder der Junta schworen, das Vaterland anstelle des abgesetzten spanischen Königs zu verteidigen und in dessen Namen zu regieren. In der Folgezeit entwickelten die Ereignisse eine Eigendynamik, die durch innere und äußere Faktoren verursacht wurde. Radikale Kräfte drängten auf die Loslösung von Spanien. Der junge Offizier José Miguel Carrera riss 1811 die Regierung an sich und ließ eine provisorische Verfassung ausarbeiten. Allerdings blieben die Royalisten stark, und die Kreolen waren untereinander gespalten. 1814 gelang den Spaniern die Rückeroberung. Die Anführer der Separatisten, Bernardo O’Higgins und Carrera, flohen über die Anden.

Die harte Repression der Krone befeuerte in der Folgezeit die Unabhängigkeitsbewegung. Jenseits der Anden stellte O’Higgins gemeinsam mit dem argentinischen General José de San Martín eine Armee auf, die Chile zurückerobern sollte. An der Jahreswende 1816/17 rückte das Befreiungsheer in Chile vor und schlug bei Chacabuco am 12. Februar 1817 die Royalisten. Da San Martín das ihm angetragene Amt des Staatschefs ablehnte, wurde O’Higgins zum Supremo Director (Obersten Direktor) des Landes bestellt. Am Jahrestag der

Schlacht von Chacabuco 1818 ließ O’Higgins auch formell die Unabhängigkeit Chiles ausrufen. Einen erneuten Rückeroberungsversuch der Spanier konnte er am 5. April 1818 in der Schlacht von Maipó nahe Santiago abwehren. Die Befreiung Zentralchiles war damit erreicht. Im Süden hielt sich der spanische Widerstand dagegen hartnäckig. Erst im Januar 1826 legte die spanische Garnison auf der Insel Chiloé die Waffen nieder.

Die Unabhängigkeit Chiles zeichnete sich durch diverse Besonderheiten aus. Mit dem Ende der spanischen Herrschaft wurden die regionalen Antagonismen beigelegt, die andernorts in Lateinamerika eine große Rolle spielten. Auch die Interessengegensätze zwischen produzierendem Gewerbe und Importhandel waren nur schwach ausgeprägt. Größere soziale und ethnische Umbrüche blieben aus. Vor diesem Hintergrund blieb die in relativ hohem Maße kohärente Oberschicht die bestimmende Kraft. Chile gehörte zu den am stärksten militarisierten Regionen des spanischen Kolonialreiches. So gab es eine große Zahl militärisch erfahrener Männer, die sich dem Kampf gegen Spanien verschrieben hatten und politische Macht für sich beanspruchten. Das brachte Rivalitäten mit sich, die sich in der Folgezeit in aller Deutlichkeit zeigen sollten.

WEG ZUM NATIONALSTAAT

Nach der erlangten Unabhängigkeit 1818 war das republikanische Leben in Chile zunächst noch von Kontinuitäten aus der Kolonialzeit geprägt. Von einer Nation, mit der sich alle Bewohnerinnen und Bewohner des Landes identifizieren konnten, war man noch weit entfernt. Die formativen Jahre der chilenischen Republik bis etwa 1883 waren einerseits geprägt von dem Bemühen um politische Konsolidierung und soziale Stabilität, andererseits von einer starken Tendenz zur territorialen Expansion auf Kosten der Nachbarn im Norden wie im Süden.

Die Jahre zwischen 1818 und 1830 waren gekennzeichnet von tastenden Versuchen, eine neue institutionelle Ordnung zu etablieren. Diktatorische, föderalistische und idealistische Modelle wurden ausprobiert und bewährten sich nicht. Allerdings wurden in diesem Zeitraum wichtige politische Erfahrungen gesammelt, und vor allem wurde die republikanische Grundordnung nicht mehr ernsthaft infrage gestellt. Problematisch war nicht zuletzt die starke Rolle des Militärs, die dabei deut-

lich wurde. Die Reformversuche dieser Jahre legten den Grundstein für eine politische Konsolidierung.

Es folgte eine rund vier Jahrzehnte währende konservative Vorherrschaft, die eng mit dem Namen des Ministers Diego Portales verbunden ist, dessen Verfassung 1831 dem politischen System eine für lateinamerikanische Verhältnisse hohe Stabilität verlieh. Die Stabilität war jedoch relativ, da es immer wieder zu bürgerkriegsartigen Zuständen kam, in denen sich das Militär entscheidend in die Politik einmischte. Trotz der Bürgerkriege konnte die alte Oberschicht auch dank der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur ihre Geschlossenheit und ihren unangefochtenen Führungsanspruch in der Gesellschaft aufrechterhalten.

Gleichzeitig machten sich jedoch erste Anzeichen sozioökonomischen Wandels bemerkbar, etwa in der Modernisierung der Städte und dem Ausbau der Kommunikationsverbindungen. Diese Veränderungen schlugen sich ab 1870 auch in einem politischen Umbruch nieder, als die Liberalen an die Macht kamen und in der Folge unter anderem die Säkularisierung und die Ausweitung des Wahlrechts vorantrieben. In diesen Zeitraum fällt der Höhepunkt der territorialen Expansion des chilenischen Staates, die sich zunächst nach Süden gegen die Mapuche richtete und in blutigen Feldzügen bis 1883 vollzogen wurde. Die zweite Stoßrichtung des Expansionismus war der Norden, wo sich Chile zwischen 1879 und 1883 im Krieg gegen seine Nachbarn Peru und Bolivien reiche Salpetervorkommen sicherte.

MODERNISIERUNG

Die folgenden fünf Jahrzehnte der chilenischen Geschichte bis 1932 standen im Zeichen einer Modernisierung, die auf einer starken Exportkonjunktur durch Salpeter und später Kupfer beruhte und sich an unterschiedlichen ausländischen Vorbildern orientierte. Schlüsselfaktoren des damit verbundenen Wandels waren das Bevölkerungswachstum, die Anfänge der Industrialisierung und die damit verbundenen Migrationsprozesse, der Aufstieg der Arbeiterbewegung, das Wachstum der Staatsaufgaben sowie die Entstehung einer städtischen Mittelschicht.

Das Weltmonopol für Salpeter schuf lange Zeit die Grundlage für eine im lateinamerikanischen Vergleich bemerkenswert stabile, wenn auch von starken konjunkturellen Schwankungen geprägte wirtschaftliche Entwicklung. Für

die Integration in den Weltmarkt bezahlte Chile mit einer sich verfestigenden strukturellen Abhängigkeit. Schließlich stürzte das Land in eine der tiefsten sozioökonomischen Krisen seiner Geschichte und wurde von der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre heftig getroffen.

Diese Modernisierungsprozesse gingen mit teils schweren politischen Krisen einher. Sie gipfelten 1891 in einem Bürgerkrieg, der mit dem Selbstmord des Präsidenten José Manuel Balmaceda endete. Die anschließende Phase wird aufgrund des Übergewichts des Kongresses gegenüber der Exekutive als „Parlamentarische Republik“ bezeichnet. Sie war geprägt durch innenpolitischen Stillstand. In außenpolitischer Hinsicht wurden die noch offenen Fragen der Grenzen zu Argentinien und zu Bolivien 1902 und 1904 formell geklärt, wengleich die Regelungen vor allem in Bolivien einen bitteren Nachgeschmack hinterließen. Ähnlich wie in den Nachbarländern setzte auch die chilenische Regierung nun auf die Förderung der Einwanderung, allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Im kulturellen Bereich veränderten neue Medien wie Kino und Radio sowie neue Verkehrsmittel wie Auto und Flugzeug das Leben grundlegend. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sprach man angesichts des soziokulturellen Wandels vielerorts von der „Nordamerikanisierung“.

Gegen Ende dieses Zeitraums hatten sich die traditionellen Gesellschaftsvorstellungen langsam aber sicher überlebt. Neue soziale Kräfte machten sich bemerkbar. Politischer Erfolg wurde immer mehr an der Lösung der sozialen Probleme festgemacht. Die Präsidentschaftswahlen von 1920 läuteten das Ende der Parlamentarischen Republik ein. Da der als Reformler geltende neue Präsident Arturo Alessandri den Erwartungen nicht gerecht wurde, schaltete sich 1924 erstmals wieder das Militär unter Oberst Carlos Ibáñez direkt in die Politik ein. Der Eingriff des Militärs endete 1931 im Fiasko und in der Diskreditierung der Streitkräfte. Doch sollten der Geist des Nationalismus ebenso wie der des Sozialismus, der 1932 erstmals auf Regierungsebene beschworen wurde, prägend für das chilenische 20. Jahrhundert bleiben.

INDUSTRIALISIERUNG UND SOZIALE KONFLIKTE

Von der Weltwirtschaftskrise bis zum Regierungsantritt Salvador Allendes 1970 zeichnete sich Chile durch eine auch im Weltmaßstab hohe politi-

sche Stabilität aus. Diese Zeit trug erheblich dazu bei, das Bild von der traditionellen Stärke der Demokratie in Chile zu verfestigen. Die ökonomischen Grundlagen, die diese Jahrzehnte prägten, wandelten sich mit dem anhaltenden Industrialisierungsprozess entscheidend. Paradoxe Weise schuf die Weltwirtschaftskrise relativ günstige Voraussetzungen für eine Vertiefung der industriellen Fortschritte, wenngleich Exportsektor und Landwirtschaft noch lange Zeit bestimmend blieben. Dennoch waren der Wandel der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und der Übergang vom exportorientierten zum importsubstituierenden Wachstumsmodell unverkennbar und wurden von der Regierung der Frente Popular durch die Gründung der staatlichen Corporación de Fomento de la Producción 1939 zum Programm erhoben. Chile lag in dieser Hinsicht voll im Trend der lateinamerikanischen Entwicklungen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel war eng verbunden mit tiefgreifenden sozialen Veränderungen. Das Bevölkerungswachstum beschleunigte sich ab 1940 erheblich und erreichte in den 1950er Jahren seinen Höhepunkt. Seit Ende der 1930er Jahre lebte die Mehrheit in den ständig wachsenden Städten. 1970 hatte der Urbanisierungsgrad bereits 75 Prozent erreicht. Parallel zu diesen Entwicklungen wuchs der Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung. Jedoch war die soziale Situation noch Ende der 1960er Jahre unbefriedigend. Die Mangelernährung blieb ein ungelöstes Problem, das angesichts der Fortschritte in vielen anderen Bereichen besonders deutlich ins Auge fiel. Soziale Reformen stießen lange auf den Widerstand der traditionellen Oligarchie. Erst die Regierungen der 1960er Jahre erhöhten das Reformtempo deutlich. Kämpfe um den „richtigen“ Entwicklungsweg und um die Ausweitung der Rechte der Industrie- und Landarbeiterschaft zeigten sich im Zusammenhang von Streiks oder von Landnahmen von Indigenen und Landarbeitern. Diese Auseinandersetzungen beeinflussten in diesen Jahrzehnten auch das politische Tagesgeschäft und wurden nicht zuletzt durch das Aufkommen neuer Kräfte in allen Sektoren des politischen Spektrums mit zunehmender Härte ausgetragen.

Mit dem Wahlsieg des Sozialisten Salvador Allende und seiner Unidad Popular, den schon die Zeitgenossen als entscheidenden Einschnitt in der Geschichte des Landes einschätzten, rückte Chile 1970 in den Mittelpunkt des Weltinteresses. Die innenpolitischen Verwerfungen der Folgejahre, die

sich am Widerstand gegen die Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftsreformen der Regierung festmachten, und insbesondere der Putsch von 1973 sowie die anschließende langjährige Militärherrschaft sollten dafür sorgen, dass die Polarisierungen, die die chilenische Geschichte schon in den 1960er Jahren geprägt hatten, in eine regelrechte Spaltung der Gesellschaft mündeten. Die Unversöhnlichkeit, mit der sich politische Lager und gesellschaftliche Schichten gegenüberstanden, spiegelte einerseits den hoch ideologisierten Zeitgeist des Kalten Krieges und andererseits die soziopolitischen Umbrüche innerhalb des Landes wider.

DIKTATUR

Der Militärputsch vom 11. September 1973 brachte eine neue Generation von Militärs an die Macht. Landesweit trafen die Truppen nur vereinzelt auf Widerstand. Der heftigste Widerstand regte sich in der Hauptstadt, doch selbst hier handelte es sich zumeist nur um Heckenschützen. Nirgends kam es zum befürchteten Bürgerkrieg gegen eine vermeintlich bis an die Zähne bewaffnete Linke, wie es die rechte Propaganda immer prophezeit hatte. Als Allende die bedingungslose Kapitulation verweigerte, ließen die Putschisten den mitten in der Hauptstadt gelegenen Präsidentenpalast bombardieren. Allende nahm sich das Leben. Die siegreichen Putschisten sprachen von einem „Krieg zur Rettung der Nation“ gegen kommunistische Söldner.

Über die Beteiligung der USA an der Vorbereitung des Putsches ist viel spekuliert worden. Zweifellos war die US-Regierung von Anfang an bemüht, die Unidad Popular zu destabilisieren. Die Kontakte zu den chilenischen Militärs waren eng. Bereits im Vorfeld kursierten Gerüchte, die chilenische Rechte bereite im Zusammenspiel mit ihren US-amerikanischen Verbündeten einen Militärputsch vor. Der Forschungsstand legt nahe, dass die Destabilisierungsbemühungen der USA ein wichtiges, wenn auch nicht entscheidendes und vor allem keineswegs ausschließliches Element bei der Herbeiführung des Putsches waren.

Die Putschisten enttäuschten die reformorientierten Kräfte des politischen Zentrums, die das Ende der Unidad Popular zwar herbeigesehnt, aber gleichzeitig den raschen Wiederaufbau der Demokratie unter konservativen Vorzeichen erhofft hatten. Die Militärjunta war nicht gewillt, nach getaner Arbeit wieder abzutreten, sondern wollte die chilenische Gesellschaft nach militä-

rischen Prinzipien grundlegend umbauen. Die Gewaltherrschaft, die mit der sogenannten Operation Condor auch international Schrecken verbreitete, sollte bis 1990 andauern und mit Augusto Pinochet einen zunehmend unangefochtenen Anführer haben. Die Militärdiktatur schuf ein Klima der Angst und des sozialen Misstrauens, das weit über das Jahr 1990 hinaus wirksam blieb. Oppositionelle wurden brutal verfolgt, Tausende wurden ermordet, Zehntausende gefoltert. Die Diktatur ließ viele „verschwinden“, und die Angehörigen wissen bis heute nichts über deren Verbleib.

In wirtschaftlicher Hinsicht konnte das Regime nach Anlaufschwierigkeiten durch ein neoliberales Schockprogramm einige Erfolge aufweisen. Oberflächlich gesehen war der Erfolg bis 1981 durchaus beeindruckend. International feierte man Chile als neues Wirtschaftswunderland. Beobachter haben diesen Prozess als Rückzug des Staates beschrieben. In Wirklichkeit blieb der Staat auch unter Pinochet interventionistisch. Allerdings gewann die staatliche Intervention einen neuen Charakter, war ihr Ziel doch nun nicht mehr die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, sondern die Starthilfe für neuartige Marktbeziehungen. Dies schlug sich unter anderem im Aufstieg einer technokratischen Führungselite aus Financiers und Unternehmern nieder.

So umfassend der Anspruch der Diktatur war, so scheiterte sie doch gleichsam von Beginn an bei ihrem Versuch, die Opposition endgültig mundtot zu machen. Angesichts der sozialen Folgekosten des neoliberalen Modernisierungskurses kam es schon in den 1970er Jahren zu Protesten, die sich in den 1980ern zu einer parteiübergreifenden Opposition verfestigten. 1989 konnte sich diese in einem Plebiszit über die Verlängerung von Pinochets Amtszeit durchsetzen.

RÜCKKEHR ZUR DEMOKRATIE

Nach der langen Diktatur war die Rückkehr zur Demokratie ein mühevoller Prozess, den das demokratische Parteienbündnis der Concertación de Partidos por la Democracia 1990 antrat. Dieses Bündnis vereinte Parteien der Linken und der Mitte von den Sozialisten bis hin zu den Christdemokraten, die vor 1973 erbitterte politische Gegner gewesen waren. Die Ziele der neuen Regie-

rungen, die zunächst unter christdemokratischer Führung antraten, waren Wachstum, Gleichheit und demokratische Stabilität. Insgesamt verbesserte sich die Lebens- und Konsumsituation der meisten Chileninnen und Chilenen seit 1990 deutlich, wenngleich insbesondere in der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Aufklärung des „Verschwindenlassens“ von Oppositionellen sowie bei der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit manches Problem ungelöst blieb. Das politische System konsolidierte sich auf dieser Grundlage. Dies beweist der Regierungswechsel, den das Jahr 2010 mit der Ablösung der Concertación durch die Rechte mit sich brachte. In der Folgezeit lösten sich der Konservative Sebastián Piñera und die Sozialistin Michelle Bachelet zweimal gegenseitig im Präsidentenamt ab.

Die Stabilität war jedoch nur oberflächlich, denn im Innern braute sich ein hohes Maß an Unzufriedenheit über die von zahlreichen Skandalen erschütterten politischen Parteien zusammen. Als die Regierung Piñera im Oktober 2019 die Preise im öffentlichen Nahverkehr erhöhen wollte, löste dies eine Welle von Massenprotesten aus, die sich gegen die soziale Ungleichheit im Allgemeinen richteten. Eine zentrale Forderung der Demonstrierenden war die Abschaffung der noch aus der Diktatur stammenden Verfassung. Eine Volksabstimmung ergab eine klare Mehrheit für die Erarbeitung einer neuen Verfassung, die im Juli 2022 von einer größtenteils linken verfassungsgebenden Versammlung fertiggestellt wurde. Bei der Volksabstimmung am 4. September 2022 fand dieser Entwurf jedoch keine Zustimmung, da einige der darin enthaltenen Ziele einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler als zu radikal erschienen.⁰³

Wie viele Länder der Region ist Chile heute nicht nur wegen dieser weiterhin offenen Frage tief gespalten. Der Ende 2021 gewählte junge Präsident Gabriel Boric, Vertreter der linken Convergencia Social, der mit seiner Regierung zu den Befürwortern des Verfassungsentwurfs zählte, steht für den Rest seiner Amtszeit vor großen Herausforderungen insbesondere mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

STEFAN RINKE

ist Professor für die Geschichte Lateinamerikas am Lateinamerika-Institut und am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.
rinke@zedat.fu-berlin.de

03 Siehe hierzu auch den Beitrag von Claudia Heiss in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

DIE KYBERNETISCHE REVOLUTION UND DAS PROJEKT CYBERSYN

Eden Medina

1970 entschieden die chilenischen Wählerinnen und Wähler, unter der Führung Salvador Allendes einen demokratischen Weg zum sozialistischen Wandel einzuschlagen. Als Chiles erster demokratisch gewählter sozialistischer Präsident versprach Allende einen dritten Weg, der sich von der Politik und Ideologie sowohl der USA als auch der Sowjetunion während des Kalten Krieges unterschied.

Allende wollte aus Chile ein sozialistisches Land machen, diesen Wandel jedoch mit friedlichen Mitteln herbeiführen und dabei die bestehenden demokratischen Prozesse und Institutionen des Landes respektieren. Vermögen und Eigentum ausländischer multinationaler Konzerne und der chilenischen Oligarchie sollten auf den Staat übergehen, Einkommen sollte umverteilt werden, und zur Beteiligung der Arbeitnehmer sollten neue Mechanismen entstehen. Zu den demokratischen Prinzipien und Institutionen, die Allende erhalten wollte, zählten die Respektierung von Wahlergebnissen, die Rechtsstaatlichkeit sowie grundlegende Freiheitsrechte, darunter Meinungs-, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Dass sich Allende einem sozialistischen Wandel mit konstitutionellen Mitteln verschrieben hatte, unterschied den chilenischen Sozialismus vom Sozialismus in Kuba oder der Sowjetunion. Sein Ansatz wurde bekannt als „chilenischer Weg zum Sozialismus“.

In Lateinamerika war Chile eine Ausnahme. Das Land konnte von 1932 bis 1973 auf eine ununterbrochene demokratische Tradition verweisen, die im lateinamerikanischen Vergleich längste Periode. Allendes offenes Bekenntnis zum friedlichen sozialistischen Wandel und zur freien Meinungsäußerung stand in scharfem Kontrast zur politischen Situation in Nachbarländern wie Argentinien und Brasilien. In beiden Ländern herrschten 1970 repressive Militärregierungen, die Macht übernommen hatten, um die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus zu

stoppen. Auch Chile war Schauplatz des weltweit geführten Kalten Krieges und stand im Fokus der US-amerikanischen Außenpolitik. Von 1962 bis 1969 erhielt Chile im Rahmen der Alliance for Progress über eine Milliarde US-Dollar an Hilfen, mehr als jedes andere Land in Lateinamerika.⁰¹ Die USA glaubten, dass sie dadurch den Lebensstandard in Chile heben und so die Menschen aus ärmeren Schichten und der Arbeiterklasse davon abhalten könnten, sich dem Kommunismus zuzuwenden.

Die USA reagierten auf die Wahl Allendes mit einer Politik verdeckter Operationen, um eine sozialistische Ausrichtung Chiles zu verhindern. Dazu gehörte, Oppositionsparteien und Medien im Besitz der Opposition zu finanzieren oder die chilenische Wirtschaft zu sabotieren. So richteten die USA eine unsichtbare finanzielle Blockade ein und reduzierten die Hilfe für Chile deutlich. Die Vereinigten Staaten nutzten ihren erheblichen Einfluss, um Kürzungen bei der internationalen und bilateralen Hilfe und den Krediten privater Banken an Chile zu erwirken, hinderten Allende daran, die Staatsschulden, die er von seinem Vorgänger geerbt hatte, neu zu verhandeln, und beschränkten ihre Exporte nach Chile. Allendes Bestreben, die seit Langem bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Strukturen Chiles zu verändern, stieß auch bei den Angehörigen der privilegierten Klassen auf Widerstand. Doch da Chile auf eine lange Tradition solider demokratischer Institutionen zurückblicken konnte, hielten viele Chileninnen und Chilenen und Beobachter aus aller Welt es durchaus für möglich, dass Allende und seine Regierung ein neues politisches Modell entwickeln könnten.

Dieses politische Experiment bereitete den Boden für ein innovatives und ambitioniertes technologisches Experiment, das sogenannte Projekt Cybersyn. Die wichtigsten Industrien unter staatliche Kontrolle zu bringen, war ein zentraler

Punkt von Allendes politischem Programm, stellte die Regierung jedoch vor eine große Herausforderung.⁰² Einige Mitglieder der chilenischen Regierung sahen die Lösung in der Nutzung der Computertechnologie und der interdisziplinären Wissenschaft der Kybernetik. Sie sollten der Regierung helfen, den wirtschaftlichen Wandel des Landes zu steuern.

UNERWARTETE EINLADUNG

Im Juli 1971 erhielt der britische Kybernetiker Stafford Beer zu seiner Überraschung einen Brief aus Chile, der sein Leben dramatisch verändern sollte. Der Absender war ein junger chilenischer Ingenieur namens Fernando Flores, der für die Regierung des gerade gewählten Allende arbeitete. Flores war in der chilenischen Wirtschaftsförderungsbehörde (Corporación de Fomento de la Producción, CORFO) tätig, die für die Verstaatlichung der Wirtschaft zuständig war. Obwohl Flores damals erst 28 war, bekleidete er die dritthöchste Position in der Behörde und übte eine leitende Funktion bei der Verstaatlichung aus. Flores schrieb, er kenne Beers Arbeit zur Managementkybernetik und sei „nun in einer Position, in der es möglich ist, wissenschaftliche Erkenntnisse über Management und Organisation auf nationaler Ebene – auf der kybernetischen Denken zur Notwendigkeit wird – anzuwenden“.⁰³ Flores bat Beer um Rat bei der Anwendung der Kybernetik auf das Management der chilenischen Staatsbetriebe, deren Zahl aufgrund der aggressiven Verstaatlichungspolitik Allendes stetig zunahm.

Eigentlich ist es unmöglich, eine allgemeine Definition der interdisziplinären, in der Nachkriegszeit zur Blüte gelangten Wissenschaft der Kybernetik zu formulieren. Der Mathematiker

Norbert Wiener vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) lieferte 1948 die vielzitierte Beschreibung, Kybernetik sei die Wissenschaft der „Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine“.⁰⁴ In der Kybernetik werden oft Metaphern aus dem Ingenieurwesen und der Biologie gemeinsam verwendet, um das Verhalten komplexer Systeme zu beschreiben, die von der elektromechanischen Funktionsweise eines Computers bis zur Funktion des menschlichen Gehirns reichen. Die Kybernetik hat diese und andere Disziplinen zusammengeführt, um die Gemeinsamkeiten von Maschinen und Organismen in den Bereichen Kommunikation, Rückkopplung und Steuerung zu erfassen und damit besser zu verstehen. Einige Kybernetiker sahen in der Kybernetik eine universelle Sprache für die wissenschaftliche Untersuchung von Maschinen, Organismen und Organisationen. Das kybernetische Denken beeinflusste zahlreiche Gebiete wie Informationstheorie, Informatik, Kognitionswissenschaften, Ingenieurwesen, Biologie, Sozialwissenschaften und Industriemanagement.

Beer war führend im Bereich der Managementkybernetik, die sich zum Ziel gesetzt hatte, kybernetische Vorstellungen auf die Leitung und Steuerung von Unternehmen anzuwenden. Seit den 1950er Jahren nutzte Beer sein Wissen über das menschliche Nervensystem, um eine Form des Managements zu entwickeln, die es Unternehmen ermöglicht, sich schnell an ein sich veränderndes Umfeld anzupassen. Ein Hauptthema in Beers Schriften war die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen zentraler und dezentraler Kontrolle und die Frage, wie die Stabilität des gesamten Unternehmens gewährleistet werden kann, ohne die Autonomie der einzelnen Teile zu opfern. Viele dieser Themen definierten auch den chilenischen Sonderweg zu einem friedlichen, demokratischen Sozialismus. So sah sich die Regierung der Unidad Popular etwa mit der Herausforderung konfrontiert, wesentliche soziale, politische und wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen, ohne den bereits bestehenden konstitutionellen demokratischen Rahmen zu zerstören. Der sozialistische Prozess in Chile erforderte, dass der Staat seine Befugnisse ausdehnen musste, ohne die bestehenden bürgerlichen

01 Vgl. United States Senate, *Covert Action in Chile, 1964–1973: Staff Report of the Select Committee to Study Governmental Operation with Respect to Intelligence Activities*, Washington, D.C. 1975, S. 151.

02 Am Ende von Allendes Präsidentschaft machten die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes im staatlichen Sektor etwa 40 Prozent der gesamten chilenischen Industrieproduktion aus, gemessen am Umsatz. Siehe Juan G. Espinosa/Andrew S. Zimbalist, *Economic Democracy: Workers' Participation in Chilean Industry, 1970–1973*, New York 1978, S. 50.

03 Fernando Flores, Brief an Stafford Beer, 13.7.1971, Box 55, Stafford Beer Archive, Liverpool John Moores University Special Collections & Archives.

04 Norbert Wiener, *Cybernetics: Or Control and Communication in the Animal and the Machine*, Cambridge MA 1965².

Freiheiten und demokratischen Institutionen des Landes zu opfern.

Das Angebot aus Chile war für Beer unwiderstehlich. Flores bot ihm die Möglichkeit, seine Ideen zum Management auf nationaler Ebene anzuwenden, noch dazu in einer Zeit des politischen Umbruchs. Beer entschied, dass er mehr tun wollte, als nur gute Ratschläge zu geben. Entsprechend enthusiastisch fiel seine Antwort aus. „Glauben Sie mir, ich würde jeden meiner Verträge kündigen, um an diesem Projekt mitarbeiten zu können“, schrieb Beer. „Ich glaube nämlich, dass Ihr Land es wirklich schaffen wird.“⁰⁵ Vier Monate später reiste der Kybernetiker nach Chile, um als Wirtschaftsberater für die chilenische Regierung zu arbeiten.

SCHLACHT UM DIE PRODUKTION

Stafford Beer traf am 4. November 1971 in Chile ein, am ersten Jahrestag der Regierung Allende. Am gleichen Tag wandte sich der Präsident im Nationalstadion an die chilenische Bevölkerung und beschrieb, was seine Regierung bisher erreicht hatte. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten wirtschaftliche Interventionen sowie die Verstaatlichung und Enteignung von Unternehmen in chilenischem und ausländischem Besitz. Aufgrund dieser Fortschritte sah sich Allende in seinem zweiten Amtsjahr mit der dringenden Notwendigkeit konfrontiert, Wege zu einer effizienten Verwaltung des neuen und ständig wachsenden öffentlichen Sektors zu finden.

Die strukturalistische Wirtschaftspolitik und die keynesianische „Ankurbelung“ hatten zu einer größeren Kaufkraft und höheren Beschäftigungsquote geführt, die sich wiederum in Wirtschaftswachstum niederschlugen. Bis November 1971 waren die Reallöhne der Arbeiter in den chilenischen Fabriken im Durchschnitt um 30 Prozent gestiegen.⁰⁶ Infolgedessen hatte ein wachsender Teil der Bevölkerung mehr Geld zur Verfügung, wodurch die Wirtschaft stimuliert, die Nachfrage gesteigert und die Produktion erhöht wurden, und der Rückhalt für die UP-Koalition in der Bevölkerung wuchs. Im ersten Jahr

der Regierung Allende stiegen das Bruttoinlandsprodukt um 7,7 Prozent, die Produktion um 13,7 Prozent und der Konsum um 11,6 Prozent.⁰⁷ Bis Ende 1971 hatte die Regierung alle großen Bergbauunternehmen und 68 weitere wichtige Industrien Chiles vom privaten in den öffentlichen Sektor überführt.⁰⁸ Die Geschwindigkeit muss Beer beeindruckt haben, der Regierungen oft für ihre träge Bürokratie und ihre Unfähigkeit, Veränderungen umzusetzen, kritisierte.

Chile schlug eine „Schlacht um die Produktion“, das heißt, dass die Steigerung der Industrieproduktion als Schlüssel zum Erfolg des chilenischen Sozialismus angesehen wurde. Erreichen wollte man dieses Ziel, indem man die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft übernahm. Eine Steigerung des Produktionsniveaus würde auch dazu beitragen, dass das Angebot mit der durch die Umverteilung des Reichtums gestiegenen Nachfrage Schritt hielt und die Inflation eingedämmt werden konnte. Allendes oberstes politisches Ziel war es, einen sozialistischen Wandel in einem demokratischen Rahmen herbeizuführen. Er wusste, dass die Wirtschaft dabei eine zentrale Rolle spielte; er konnte Chile nicht zum Sozialismus führen, wenn er nicht auch die Wirtschaft zum Blühen brachte.

AUFBAU VON CYBERSYN

Nach seiner Ankunft in Santiago machte sich Beer mit einem kleinen Team, das Flores zusammengestellt hatte, an die Arbeit. Der Kybernetiker informierte sich über die Managementprobleme im wachsenden öffentlichen Sektor und begann, seine kybernetischen Modelle auf das Wirtschaftssystem zu übertragen. Außerdem entwickelte er das Projekt Cyberstride, ein „vorläufiges Informations- und Kontrollsystem für die industrielle Wirtschaft“.⁰⁹ Bei diesem Projekt wurde erstmals ein Computersystem beschrieben, um das Problem des staatlichen Wirtschaftsmanagements zu lösen. Beer merkte an, dass das System, wenn es gebaut würde, „die Hauptmerkmale des kybernetischen Managements demonstrieren“ und

05 Stafford Beer, Brief an Fernando Flores, 29.7.1971, Box 55, Beer Archive.

06 Vgl. Peter Winn, *Weavers of Revolution: The Yarur Workers and Chile's Road to Socialism*, New York 1986, S. 142.

07 Vgl. Sergio Bitar, *Chile: Experiment in Democracy*, Philadelphia 1986, S. 52.

08 Vgl. ebd., S. 45.

09 Stafford Beer, *Project Cyberstride*, November 1971, Box 56, Beer Archive.

der Regierung „ab März 1972 bei der Aufgabe der tatsächlichen Entscheidungsfindung helfen“ könnte – also bereits nach vier Monaten.¹⁰

Das Projekt Cyberstride umfasste Ideen aus Beers früheren Schriften und Vorträgen einschließlich seiner Idee für eine „Freiheitsmaschine“. Diese Maschine sollte der „immensen Trägheit“ entgegenwirken, indem neue Netzwerke für den Informationsaustausch in nahezu Echtzeit geschaffen werden, um eine schnelle Entscheidungsfindung zu erleichtern und langwierige bürokratische Verfahren zu vermeiden.¹¹ Beer meinte, dass eine solche Freiheitsmaschine eine Regierung schaffen könnte, in der „kompetente Informationen frei handeln können“ – dass also Regierungsbeamte, sobald sie von einem Problem Kenntnis erhielten, dieses direkt angehen könnten; nicht bürokratisches Denken, sondern Expertenwissen sollte die Politik leiten. Beer stellte sich vor, dass die Freiheitsmaschine aus einer Reihe von Kontrollräumen bestehen würde, in denen Echtzeitzinformationen von verschiedenen Systemen eingingen und Computer dazu eingesetzt würden, „den Informationsgehalt zu destillieren“.¹² Das chilenische System sollte schließlich aus einem Kontrollraum bestehen, der mit täglich gesammelten Daten aus den staatlich kontrollierten Industrien gespeist werden und mithilfe von Großrechnertechnologie statistische Vorhersagen über das zukünftige Wirtschaftsverhalten treffen sollte.

Damals besaß das Nationale Computerzentrum Chiles (Empresa de Computación e Informática de Chile, ECOM) gerade einmal vier Großrechner, die alle sehr gefragt waren. Der ECOM-Leiter stellte Beer nur einen einzigen davon zur Verfügung. Damit die Netzwerkarchitektur dennoch funktionierte, mussten Beer und sein Team einen Weg finden, numerische Daten und Text kostengünstig und nahezu in Echtzeit über große Entfernungen zu übertragen. Die Lösung schien in einem Netz aus Telexgeräten beziehungsweise Fernschreibern zu liegen, das mit dem Großrechner verbunden werden sollte: Über Fernschreiber sollten sogenannte Interventors die Produktionsdaten aus den Betrieben an den Fern-

schreiber des ECOM übermitteln.¹³ Computerexperten würden dann die Daten auf Lochkarten übertragen und sie in den Zentralrechner einspeisen. Ein Statistikprogramm würde die neuen Daten mit den bereits erfassten vergleichen und nach signifikanten Abweichungen suchen. Sollte das Programm eine solche Abweichung feststellen, würde es die Computerexperten alarmieren, die die Daten über das Fernschreibnetz an die CORFO und die betroffenen Unternehmen weiterleiten würden. Die CORFO könnte dann eingreifen und mit den Beteiligten kommunizieren, um das Problem zu lösen. Da die Telextechnologie relativ einfach war, konnten Beer und das chilenische Team ein solches Netzwerk ohne große technische Herausforderungen aufbauen, solange sie Zugang zu den Geräten hatten.

ENTEL, das nationale Telekommunikationsunternehmen, hatte 400 Fernschreiber auf Lager, die die vorherige Regierung in den 1960er Jahren angeschafft, aber nie installiert hatte. Mit diesem Fund konnte das Team mit dem Aufbau des von Beer vorgeschlagenen Netzes beginnen, ohne zusätzliche Geräte importieren zu müssen, was angesichts der schwindenden Devisenreserven Chiles und der Blockade durch die USA ein Problem gewesen wäre.

Im Januar 1972 wandte sich Beer – inzwischen von seiner Chile-Reise zurückgekehrt – an die Unternehmensberatung Arthur Andersen in London mit dem Auftrag, die Software für das Projekt Cyberstride zu entwickeln. Zur Reduzierung der Kosten beschlossen Flores und Beer dann aber, die Softwareentwicklung zwischen London und Chile aufzuteilen, zudem konnte man dadurch Zeit gewinnen. Das britische Team konzentrierte sich auf die Programmierung einer vorläufigen Version, die als Machbarkeitsnachweis dienen sollte, während die chilenischen Ingenieure eine permanente Version entwickeln sollten, die die spezifischen Parameter der chilenischen Wirtschaft berücksichtigte. Die Software nutzte Techniken der Bayesschen Statistik, um signifikante Schwankungen in den Produktionsdaten zu erkennen und vorherzusagen, ob neue Daten den

¹⁰ Ebd.

¹¹ Stafford Beer, *The Liberty Machine: Can Cybernetics Help Rescue the Environment?*, in: *Futures* 4/1971, S. 343.

¹² Ebd., S. 347.

¹³ „Interventor“ ist eine chilenische Wortschöpfung. Auf Unternehmensebene (ein Unternehmen konnte mehrere Produktionsstätten haben) ernannte die Regierung einen oder mehrere sogenannte Interventors, die das Tagesgeschäft anstelle der bisherigen Eigentümer und Manager leiteten.

Beginn eines linearen Trends oder eine Abweichung darstellten. Dadurch war die Software in der Lage, Vorhersagen zur wirtschaftlichen Entwicklung zu treffen und diese Vorhersagen im laufenden Betrieb zu korrigieren.

Beers Konzept sah vor, dass die Cyberstride-Software es der chilenischen Regierung schließlich ermöglichen würde, auf ihre traditionellen Berichtsverfahren zu verzichten, das heißt auf detaillierte, gedruckte Berichte von beträchtlicher Länge, die auf monatlich oder jährlich gesammelten Daten basierten. Stattdessen könnte die Regierung Prioritäten setzen und könnte sich auf die Sektoren mit dem größten Bedarf konzentrieren.¹⁴ Die Technologie sah nicht vor, dass der Staat überall gleichzeitig eingreift, sondern sollte dem Staat helfen, die begrenzten Ressourcen dort einzusetzen, wo sie am meisten gebraucht werden. Zusätzlich gründete Beer ein Team, das die Aufgabe hatte, einen Wirtschaftssimulator zu bauen. Der Simulator sollte die Cyberstride-Software ergänzen und als „Versuchslabor der Regierung“ dienen.¹⁵ Nach seiner Fertigstellung würde der Simulator Entscheidungsträgern die Möglichkeit geben, über das Tagesgeschäft hinaus zu planen und mit verschiedenen langfristigen Wirtschaftsstrategien zu experimentieren.

Im März 1972 reiste Beer erneut nach Chile. Zu diesem Zeitpunkt war das chilenische Projektteam von zehn auf 35 Mitglieder gewachsen. Mitte März übermittelte das ECOM die ersten Ergebnisse des von Arthur Andersen entwickelten provisorischen Cyberstride-Programms, das die tägliche Praxis simulierte, wenn das von Chile entwickelte permanente Programm in Betrieb war. Bis zur permanenten Version war es jedoch noch ein weiter Weg, denn die chilenischen Experten für Prozess- und Planungsoptimierung mussten alle staatlichen Unternehmen analysieren und festlegen, welche Produktionsindikatoren die Software überwachen sollte.

Während Beers Besuch wurden an Cyberstride wesentliche Veränderungen vorgenommen. Vor allem erhielt das Projekt einen neuen Namen: Projekt Cybersyn, eine Kombination aus *cybernetics* und *synergy*. Der neue Name verwies auf

die kybernetischen Grundlagen des Projekts und die Idee, dass das Gesamtsystem – Mensch und Maschine – größer war als die Summe seiner Teile. Der Name Cyberstride bezog sich nur noch auf das Softwarepaket, das von Arthur Andersen und dem ECOM programmiert wurde. Auf Englisch klang der Projektname Cybersyn einleuchtend, aber auf Spanisch ging er nicht so leicht über die Lippen, und so erhielt das Projekt den spanischen Namen SYNCO, was für Sistema de Información y Control steht.

Zusätzlich zu den drei Projekten, aus denen sich das Cyberstride-System bisher zusammengesetzt hatte – dem Telexnetz (Cybernet), der Statistiksoftware (Cyberstride) und dem Wirtschaftssimulator – umfasste Cybersyn noch eine vierte Komponente: den Operations Room, eine in die Realität umgesetzte Version des Kontrollraums, den Beer in seinem Essay „The Liberty Machine“ beschrieben hatte. „Ziel von CYBERSYN“, erklärte Beer, „ist es, [diese Werkzeuge] in einem effektiven Kontrollzentrum zusammenzufassen – dem Operations Room, der bis November 1972 installiert werden soll.“¹⁶

Dieser Raum sollte sich später als wegweisend für die Gestaltung von Benutzeroberflächen erweisen, nicht wegen seiner innovativen Technik, sondern weil seine Designer den Benutzer in den Mittelpunkt stellten. „Besondere Aufmerksamkeit wird der Entwicklung von Mensch-Maschine-Schnittstellen gewidmet“, so Beer, und weiter: „Der Kontrollraum sollte NICHT als ein Raum mit interessanten Geräten betrachtet werden, sondern als eine Kontrollmaschine, die Menschen und Artefakte in einer symbiotischen Beziehung umfasst. Er muss als Ganzes und als operative Einheit konzipiert werden“¹⁷. Der Kontrollraum, auch Opsroom (für Operations Room) genannt, sollte später zum Aushängeschild des Projekts werden und das symbolische Herzstück bilden. Allende besuchte Ende 1972 den Prototyp des Raumes, den das Team in Santiago gebaut hatte.

ALLENDES LETZTES JAHR

Die Arbeiten am Projekt Cybersyn wurden 1972 kontinuierlich fortgesetzt. Im Oktober ereignete sich jedoch ein einschneidendes Ereignis, das

¹⁴ Vgl. Stafford Beer, *Cyberstride: Preparations*, Januar 1972, Box 57, Beer Archive. Später sollte diese Funktion dem Team dabei helfen, auf die Vorwürfe zu reagieren, es baue ein übermäßig zentralisiertes System zur Kontrolle der chilenischen Arbeiter auf.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Stafford Beer, *Project Cybersyn*, März 1972, Box 60, Beer Archive.

¹⁷ Ebd.



Kontrollraum des Cybersyn-Projekts nach einem Entwurf des Designers Gui Bonsiepe

Quelle: © guibonsiepe

weitreichende Folgen für die Regierung Allende und das Projekt hatte: Ein landesweiter Streik Tausender chilenischer Lastwagenfahrer versetzte das Land in einen Ausnahmezustand. Der Streik sollte die Macht des bürgerlichen Lagers demonstrieren, die Wirtschaft zum Stillstand zwingen und die Voraussetzungen für einen Putsch schaffen.

Um sich durch den Streik nicht in die Knie zwingen zu lassen, musste die Allende-Regierung einen Weg finden, die Lebensmittelversorgung des Landes aufrechtzuerhalten. Angesichts der Krise beschloss die Regierung, das für Cybersyn eingerichtete Fernschreibnetz zu nutzen. Das Netz wurde über die Industrie hinaus erweitert, um Nachrichten schnell und zuverlässig von den nördlichsten bis zu den südlichsten Regionen des Landes (etwa 5152 Kilometer), von Arica bis Punta Arenas, zu übermitteln. Beer schätzt, dass während des Streiks täglich 2000 Nachrichten über das Telexnetz verschickt wurden. „Der Lärm war unbeschreiblich“, erinnert sich Beer an das gleichzeitige Klappern von 20 Telexgeräten in der Kommandozentrale, die das Team

in der CORFO eingerichtet hatte.¹⁸ Das Telexnetz half der Regierung, Rohstoffe, Treibstoff und Transportmittel dorthin zu leiten, wo sie am dringendsten benötigt wurden. Es ermöglichte der Regierung auch, den Überblick über die regierungstreuen Lkw-Fahrer zu behalten und zu wissen, welche Straßen blockiert und welche frei waren. Dank des Telexnetzes konnte die Regierung auf viele der durch den Streik verursachten Notfälle reagieren, was wesentlich zu ihrem politischen Überleben beitrug.

Dennoch markierte der Streik einen Wendepunkt. Die Opposition hatte die Regierung dauerhaft in die Defensive gedrängt, sie kämpfte im Grunde nur noch um den Machterhalt. Der Oktoberstreik veränderte auch die Sicht von Beer und Flores auf die Beziehung zwischen Technologie und Politik. Flores hielt Cybersyn zwar immer noch für nützlich, hatte aber inzwischen erkannt, dass das System nicht in der Lage war, die

¹⁸ Eigenes Interview mit Stafford Beer, Toronto 15./16.3.2001. Raúl Espejo nannte die Zahl der Telexgeräte, als ich ihn 2006 interviewte.

wirtschaftlichen und politischen Probleme Chiles in ihrer Gesamtheit zu lösen oder die Struktur der chilenischen Gesellschaft zu verändern. Selbst wenn die technologischen Komponenten des Projekts fertiggestellt würden, könnte Cybersyn die wachsenden Probleme, wie galoppierende Inflation, fehlende Auslandskredite, fallende Kupferpreise, Schwarzmarkthandel und die Möglichkeit von Gewaltausbrüchen, nicht lösen. Während Flores immer mehr Machtpositionen in der Allende-Regierung übernahm, änderte sich seine Einstellung. Statt in Wissenschaft und Technologie den Schlüssel zur revolutionären Umgestaltung Chiles zu sehen, erkannte er nun deren Grenzen angesichts der realen Möglichkeit eines Militärputsches.

Beer hingegen kam nach dem Streik zu der Überzeugung, dass nicht nur das Produktionsmanagement, sondern auch viele andere Aspekte des chilenischen Sozialismus von der Kybernetik profitieren könnten. In den Monaten nach dem Streik dachte er über neue Möglichkeiten nach, sozialistische Werte in das Design und die Architektur von Cybersyn einzubauen, und stellte die Theorie auf, dass diese eingebetteten Werte die sozialen Beziehungen in den Betrieben und in der chilenischen Gesellschaft verändern könnten. Zum Beispiel bestand er darauf, dass die Arbeiter die Kontrolle über die Nutzung von Cybersyn haben und dazu befähigt werden sollten. Der Kontrollraum sollte für die Arbeiter jederzeit zugänglich sein, und Beer setzte sich sogar für die Entwicklung einer Benutzeroberfläche ein, die keine Tastaturkenntnisse voraussetzte. Außerdem empfahl er, die Modelle für die staatlich kontrollierten Fabriken von den Arbeitern entwerfen zu lassen: „Niemand ist besser geeignet, eine Fabrik zu entwerfen, als der Mann, der sein Leben lang in ihr gearbeitet hat. Er kennt sie.“¹⁹

Beer drängte die Regierung, Cybersyn in der staatlichen Propaganda als Symbol der technologischen Errungenschaften Chiles im Sozialismus zu verwenden. Im Dezember verfasste er einen Bericht, in dem er die Rolle der Kybernetik beim Übergang Chiles zum Sozialismus beschrieb, und zwar nicht nur bei der Regulierung der Produktion, sondern auch bei der Regulierung der Verteilung und des Verbrauchs. In ei-

nem Vortrag im Februar 1973 erläuterte er, wie sein kybernetischer Managementansatz das chilenische Volk befähigen und ihm die Macht der Wissenschaft zur Verfügung stellen würde. „Ich weiß, dass ich mich maximal für die Dezentralisierung der Macht einsetze“, sagte er dem Publikum. „Die Regierung hat ihre Revolution um sie herum aufgebaut; ich denke, das ist gute Kybernetik.“ Beer betonte, dass die Werkzeuge, die er in Chile in Absprache mit Arbeitern entwickelt habe, „Werkzeuge des Volkes“ seien.²⁰ Die chilenische Opposition konterte und verglich das System mit einer neuen Form staatlicher Überwachung, die zu mehr Kontrolle und Missbrauch führe.

Im August organisierte die Opposition einen zweiten Streik der Lastwagenfahrer, um den Güterverkehr lahmzulegen, die Wirtschaft zu sabotieren und die Regierung zu stürzen. Erneut nutzte die Regierung das für das Projekt Cybersyn aufgebaute Telexnetz, um in Echtzeit mit adaptivem Management zu reagieren. Dank dieser Informationen wussten die Behörden, welche Lastwagen zur Verfügung standen, wo sich die Ressourcen befanden und welche Straßen frei waren. Aber das konnte die Oppositionellen nicht davon abhalten, die Lastwagen, Busse und Züge anzugreifen, die weiterhin in Betrieb waren. Bis Mitte August starben 20 Menschen. In den Fabriken schlossen sich immer mehr chilenische Arbeiter der Bewegung der Radikalen Linken an und begannen, sich auf einen bewaffneten Konflikt im Land vorzubereiten. Mitten in dieser Entwicklung ernannte Allende Flores zum Generalsekretär der Regierung und damit zum Verantwortlichen für die interne und externe Kommunikation. Mit gerade einmal 30 Jahren bekleidete Flores nun eine der höchsten Positionen in einer Regierung, die unter Beschuss stand.

Wenige Tage bevor die Militärs das sozialistische Experiment in Chile gewaltsam beendeten, bat der Präsident darum, den Cybersyn-Kontrollraum von seinem bisherigen Standort in den Präsidentenpalast zu verlegen. Warum Allende den Kontrollraum in La Moneda haben wollte, ist unklar. Vielleicht wollte er mit allen Mitteln versuchen, die Kontrolle über sein Land zurückzugewinnen und griff nach einem so klei-

¹⁹ Stafford Beer, *One Year of (Relative) Solitude: The Second Level of Recursion*, Dezember 1972, Box 60, Beer Archive.

²⁰ Ders., *Fanfare for Effective Freedom: Cybernetic Praxis in Government*, New York 1975, S. 428.

nen Strohhalm wie der Einrichtung eines kybernetischen Kontrollraumes. Doch dazu kam es nicht mehr.

Am 11. September 1973 hielt der Präsident kurz nach 9 Uhr morgens seine letzte Radioansprache. Gegen Mittag feuerten Hawker-Hunter-Kampfflugzeuge Raketen auf den Präsidentenpalast. Um 14 Uhr war Allende tot. Mit dem gewaltsamen Ende des politischen Experiments des Sozialismus in Chile beendete das Militär auch das technologische Experiment des kybernetischen Managements.

Die Geschichte des chilenischen Versuchs, eine ehrgeizige, unvollkommene und in vielerlei Hinsicht futuristische Technologie zu schaffen, veranschaulicht die komplexe Art und Weise, in der Menschen versuchen, Computer- und Kommunikationstechnologie zu nutzen, um soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen herbeizuführen. Chiles innovatives politisches Experiment des demokratischen Sozialismus und die Schaffung dieses innovativen technologischen Systems zeigen, dass politische Innovati-

onen technologische Innovationen vorantreiben können. Wissenschaft, Technologie und Design waren charakteristische Merkmale des sozialistischen Prozesses in Chile. Politische Kontexte können neue Räume für technologische Möglichkeiten eröffnen. Sie können sie aber auch verhindern, unabhängig von den Vorzügen oder Unzulänglichkeiten des Systems.

Überarbeiteter Auszug aus Eden Medina, *Cybernetic Revolutionaries: Technology and Politics in Allende's Chile*, Cambridge MA, MIT-Press 2011.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.

EDEN MEDINA

ist Wissenschafts- und Technikhistorikerin und Associate Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT).
eden@mit.edu

Der APuZ-Podcast

Ein Thema, 30 Minuten,
jeden 1. Mittwoch im Monat



HYBRIDE ERINNERUNG

Vergangenheitspolitik und Erinnerungsdiskurse in Chile

Stephan Ruderer

Am 18. Juni 2023 erschien in der Tageszeitung „El Mercurio“ ein Interview mit dem ehemaligen chilenischen Staatspräsidenten Sebastián Piñera, in dem er unter anderem auf die Diktaturvergangenheit des Landes einging. Dabei verurteilte der aus der rechtsliberalen Partei Renovación Nacional (RN) stammende Piñera klar die Menschenrechtsverbrechen der Pinochet-Diktatur, verwies aber neben diesen „dunklen“ Seiten auch auf die „hellen“ Seiten der Diktatur, nämlich die wirtschaftliche Modernisierung.

Vor dem Hintergrund des 50. Jahrestages des Militärputsches in Chile vom 11. September 1973 sind die Debatten um die Vergangenheit besonders aktuell. Dass dabei immer noch eine Erinnerungserzählung dominiert, die neben den „schlechten“ Menschenrechtsverletzungen auch die „guten“ Seiten der Diktatur hervorhebt, hat auch mit der Vergangenheitspolitik und den Erinnerungsdiskursen seit dem Ende der Diktatur 1990 zu tun. Die Art und Weise, wie heute in Chile an die Regierung Salvador Allendes, den Putsch und die Diktatur erinnert wird, ist zum einen von den aktuellen politischen Machtverhältnissen, zum anderen vom Umgang mit der Vergangenheit in den vergangenen Jahrzehnten geprägt.

PUTSCH, DIKTATUR, DEMOKRATIE

Vor 50 Jahren, am 11. September 1973, putschen die chilenischen Streitkräfte gegen die demokratisch gewählte Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende.⁰¹ Dieses Ereignis wurde schon damals von der Weltöffentlichkeit aufmerksam verfolgt, denn mit Allende regierte in Chile erstmals ein demokratisch gewählter Präsident, der das Land auf institutionellem Wege zum Sozialismus führen wollte. Das blutige Ende dieser Regierung, symbolisiert durch den Selbstmord Allendes und den Brand des Präsidentenpa-

lastes La Moneda, zerstörte somit auch die Träume einer Generation, die auf eine gerechte und friedliche Gesellschaft gehofft hatte. Der Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, Augusto Pinochet, wurde nicht zuletzt wegen seines martialischen Auftretens mit Sonnenbrille und preußischer Militäruniform zum Symbol der grausamen lateinamerikanischen Militärdiktaturen.⁰² Sein Regime zeichnete sich – auch im Vergleich zu den Diktaturen der Nachbarländer Argentinien und Uruguay – durch seine lange Dauer und die Personalisierung der Herrschaft aus. Die 17-jährige chilenische Diktatur beruhte auf drei zentralen Elementen, die für das Verständnis der heutigen Vergangenheitsdebatten von großer Bedeutung sind. *Erstens* die brutalen, systematischen und massiven Menschenrechtsverletzungen. Diese ermöglichten *zweitens* die Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsreformen der sogenannten Chicago Boys. Und *drittens* die Verabschiedung der Verfassung 1980, die das neue Wirtschaftssystem institutionell verankerte und in ihren Kernelementen bis heute gültig ist.

Die Menschenrechtsverbrechen, für die vor allem der Pinochet direkt unterstellte Geheimdienst DINA verantwortlich war, bedeuteten für das Land ein bis dahin unbekanntes Ausmaß an Gewalt. Die offiziellen Zahlen der nach der Rückkehr zur Demokratie eingesetzten Wahrheitskommissionen belaufen sich auf 3216 Tote und „Verschwundene“ sowie 38254 anerkannte Folteropfer – wobei die Dunkelziffer in beiden Fällen deutlich höher liegen dürfte.⁰³ Hinzu kamen zahllose Exilierungen, Hausdurchsuchungen und willkürliche Verhaftungen sowie Attentate auf führende Oppositionelle im Ausland, darunter das erste von einem ausländischen Geheimdienst auf US-amerikanischem Boden verübte Attentat auf den chilenischen Politiker Orlando Letelier im Jahr 1976. Die repressive Politik sollte einen erheblichen psychologischen Einfluss auf die Ermöglichung, Durchsetzung

und Verstetigung der neoliberalen Wirtschaftspolitik haben. Denn – und das ist gerade vor dem Hintergrund des obigen Zitats von Ex-Präsident Piñera zu verstehen – diese beiden Bereiche lassen sich nicht voneinander trennen, da erst die Unterdrückung und Kontrolle der Bevölkerung die ökonomische Schockbehandlung der Chicago Boys ermöglichte.

Die Chicago Boys sind eine Gruppe chilenischer Ökonomen, die an der University of Chicago studiert hatten und ab 1975 das wirtschaftspolitische Programm der Diktatur mit dem vorrangigen Ziel der Inflationsbekämpfung bestimmten. Im Zuge dessen wurden öffentliche Ausgaben gekürzt, das Bankensystem dereguliert, Staatsbetriebe privatisiert und Märkte für ausländische Investoren geöffnet – mit verheerenden sozialen Folgen für die Bevölkerung. Die Reformen verstärkten die Armut großer Teile der Bevölkerung durch Senkung des Lohnniveaus, Entrechtung der Arbeiter, Ende des Solidaritätsprinzips in der Sozialversicherung und hohe Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur ging zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung, während nur ein kleiner Teil der Gesellschaft davon profitierte.⁰⁴

1980 erließ Pinochet eine neue Verfassung, die unter der Leitformel der „geschützten Demokratie“ seinem Regime eine konstitutionelle Fassade geben sollte, mit ihren demokratischen Elementen aber erst nach dem Ende der Diktatur 1990 in Kraft trat. Bis dahin galten sogenannte Übergangartikel, die Pinochets Macht zementierten.⁰⁵ Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie wird als „paktierte Transition“ bezeichnet, da die Ausgangsbedingungen für die neue Demokratie maßgeblich von den alten diktaturaffinen Machthabern bestimmt wurden. Dies prägte die Erinnerungsdiskurse und die Vergangenheitspolitik.

01 Vgl. Stefan Rinke, *Kleine Geschichte Chiles*, München 2007.

02 Vgl. Stephan Ruderer, *Pinochet – Der Despot als Modell*, in: Barbara Stollberg-Rilinger/André Krischer (Hrsg.), *Tyrannen. Eine Geschichte von Caligula bis Putin*, München 2022, S. 210–223.

03 Vgl. Alexander Wilde, *A Season of Memory: Human Rights in Chile's Long Transition*, in: Cath Collins/Katherine Hite/Alfredo Joignant (Hrsg.), *The Politics of Memory in Chile. From Pinochet to Bachelet*, Boulder 2013, S. 31–60.

04 Vgl. Manuel Gárate, *La revolución capitalista de Chile (1973–2003)*, Santiago 2012.

05 Vgl. Carlos Huneeus, *The Pinochet Regime*, Boulder 2007.

Die Verfassung sah für 1988 ein Plebiszit über Pinochets Verbleib als Präsident für weitere acht Jahre oder demokratische Neuwahlen vor. Nachdem der Diktator dieses Plebiszit verloren hatte, blieb er noch über ein Jahr an der Macht. Dieses nutzte er dazu, zahlreiche Gesetze zu erlassen, die die Ausgangsbedingungen gerade für die Vergangenheitsaufarbeitung enorm erschwerten. Der chilenische Fall ist insofern einzigartig, als die Diktatur demokratisch abgewählt wurde und der ehemalige Diktator in den Folgejahren weiterhin eine zentrale politische Rolle spielte und über erhebliche Macht verfügte. So blieb Pinochet, nachdem er im März 1990 die Regierungsgeschäfte an den demokratisch gewählten Christdemokraten Patricio Aylwin übergeben hatte, noch für weitere acht Jahre als Oberbefehlshaber des Heeres im Amt. Darüber hinaus hatte er alle Richter des Obersten Gerichtshofs ernannt und das politische System durch die Einrichtung von designierten Senatorenposten und ein Wahlgesetz, das die Parteien Unión Demócrata Independiente (UDI) und RN begünstigte, nachhaltig beeinflusst. Die große Macht, die diesen rechten, der Diktatur nahestehenden Parteien in der neuen Demokratie ab 1990 zukam, muss berücksichtigt werden, wenn im Folgenden die vergangenheitspolitischen Maßnahmen und Erinnerungsdiskurse im demokratischen Chile dargestellt werden.

VERGANGENHEITSPOLITIK

Die Vergangenheitspolitik in Chile seit 1990 lässt sich in mehrere Etappen unterteilen, was jedoch nicht bedeutet, dass es einen kontinuierlichen Fortschritt hin zu mehr Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gegeben hätte. Innerhalb dieses Prozesses gab es in fast allen Etappen Maßnahmen zur Entschädigung der Opfer, Gerichtsverfahren gegen die Täter und Täterinnen sowie die Errichtung von Gedenktafeln und Gedenkstätten. Im Folgenden werden einige Ereignisse hervorgehoben, die zentral für den chilenischen Umgang mit der Diktaturvergangenheit waren.⁰⁶

06 Vgl. hier und im Folgenden Stephan Ruderer, *Das Erbe Pinochets, Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile, 1990–2006*, Göttingen 2010; Steve Stern, *Reckoning with Pinochet: The Memory Question in Democratic Chile, 1989–2006*, Durham 2010.

Die wichtigste Maßnahme der ersten Etappe war die Einsetzung der sogenannten Rettig-Kommission, eine von Präsident Aylwin im April 1990 ins Leben gerufene Wahrheitskommission, die innerhalb von neun Monaten die schlimmsten Verbrechen der Diktatur – politische Morde und das Schicksal der Verschwundenen – aufklären sollte.

Für das Verständnis der Vergangenheitspolitik sind vor allem zwei Punkte wichtig: Zum einen waren die Ergebnisse der Kommission eine staatlich autorisierte Wahrheit, die nicht mehr geleugnet werden konnte. Zum anderen wurde die von der Regierung angestrebte Versöhnung durch den Bericht nicht erreicht, vor allem weil sich das Militär und die Rechte jeder Versöhnungs- oder Entschuldigungsgeste widersetzten, sodass in der Öffentlichkeit nach 1991 zwei antagonistische Versionen der Vergangenheit gleichberechtigt nebeneinander standen. Das Militär sah sich weiterhin als „Retter des Vaterlandes“. Zudem betrachtete die Regierung ihre Aufgabe mit dem Bericht als erfüllt, sodass sie der Veröffentlichung keine weiteren Schritte folgen ließ. Der Bericht verlor dadurch sein demokratisierendes Potenzial, insbesondere in der öffentlichen Debatte. Die Diktatur konnte auch nach dem Bericht weiter verteidigt und die Verantwortung für die Verbrechen der Regierung Allende oder einzelnen „Exzessen von Untergebenen“ zugeschrieben werden.

Das nächste herausragende Ereignis, das die vergangenheitspolitischen Positionen in Chile verdeutlicht, war die Verhaftung des ehemaligen DINA-Chefs Manuel Contreras 1995. Contreras wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, konnte aber erst nach monatelanger Flucht vor der Justiz, bei der ihm das Militär half, festgenommen werden. Seine Verhaftung war ein großer Erfolg für die Regierung von Eduardo Frei Ruiz-Tagle. Immerhin wurde mit Manuel Contreras der zweitmächtigste Mann der Diktatur für seine Verbrechen hinter Gitter gebracht. Doch der Preis dafür war hoch: Nicht zuletzt unter dem Druck der Militärs suchte Präsident Frei nach Kompromissen, die einen Austausch von Informationen gegen Straffreiheit vorsahen. Diese Idee, Wahrheit gegen Verzicht auf Gerechtigkeit, scheiterte jedoch am Widerstand der Opfergruppen und linken Parteien in der Regierung und führte vor allem dazu, dass eine immer stärkere Übereinstimmung des Regierungsdiskurses mit dem der Diktaturanhänger wahrgenommen

wurde und dass die Enttäuschung über die noch junge Demokratie in der Bevölkerung wuchs. Der Versuch der Regierung, eine „erfolgreiche Transition“ zu vermitteln und die Beschäftigung mit der Vergangenheit zu beenden, wurde jedoch immer wieder durch „Einbrüche aus der Vergangenheit“ gestört.⁰⁷

Die Dominanz der Rechten und des Militärs in der öffentlichen Debatte änderte sich mit einem Ereignis der chilenischen Vergangenheitspolitik, das eine neue Etappe einleitete: die Verhaftung Pinochets in London am 16. Oktober 1998. Der Fall Pinochet erregte internationale Aufmerksamkeit. Es war – auch dies eine Besonderheit – das erste Mal, dass ein ehemaliger Diktator wegen Verbrechen, die er in seinem Land begangen hatte, im Ausland verhaftet wurde. Die chilenische Regierung unter Präsident Frei drängte auf die Auslieferung Pinochets nach Chile mit dem Argument, der Prozess gegen ihn müsse im eigenen Land geführt werden. Nach 503 Tagen in London wurde der Ex-Diktator aus gesundheitlichen Gründen freigelassen und nach seiner Rückkehr im Jahr 2000 tatsächlich in Chile vor Gericht gestellt. Das Verfahren wurde jedoch 2002 wegen „moderater Demenz“ des Angeklagten offiziell eingestellt.

Die Verhaftung Pinochets hatte Auswirkungen auf allen Ebenen der Vergangenheitspolitik. Sie entlarvte den Diskurs der „erfolgreichen Transition“ und führte zu einem Umdenken bei allen Entscheidungsträgern. Die Regierung musste auf einen Prozess gegen Pinochet in Chile drängen und sich wieder verstärkt dem Thema der Vergangenheit zuwenden. Die rechten Parteien begannen, den Pakt mit Pinochet aufzulösen und sich vom Diktator zu distanzieren. Und die Militärs fingen an, die Vergangenheit und die Menschenrechtsverbrechen zu thematisieren. Interessant ist, dass die Militärs Pinochet zwar weiterhin verteidigten, aber bereit waren, über die Verbrechen seines Regimes zu sprechen, während die rechten Parteien sich zwar von der Person des Diktators lösten, aber nicht gewillt waren, über das Werk seines Regimes, die Wirtschaftsreformen, zu diskutieren.

Besonders deutlich wurde der neue Umgang mit der Vergangenheit bei den Gedenkfeiern

07 Alexander Wilde, *Irruptions of Memory: Expressive Politics in Chile's Transition to Democracy*, in: *Journal of Latin American Studies* 2/1999, S. 473–500.

zum 30. Jahrestag des Putsches am 11. September 2003, bei denen erstmals offiziell der Menschenrechtsverbrechen gedacht wurde. Die Regierung unter Präsident Ricardo Lagos setzte in diesem Zuge eine neue Wahrheitskommission ein, die im November 2004 ihren Bericht vorlegte. Die sogenannte Valech-Kommission sollte nicht die Toten, sondern die Folterverbrechen der Diktatur untersuchen und damit die Geschichten der noch lebenden Opfer sichtbar machen. Der Bericht der Kommission war ein Meilenstein in der Vergangenheitspolitik, da das Militär in der Person des damaligen Oberbefehlshabers Juan Emilio Cheyre erstmals die institutionelle und systematische Politik der Menschenrechtsverbrechen anerkannte. Die Verbrechen der Diktatur gehörten nun offiziell zum Narrativ der Täterseite.

Mit Michelle Bachelet kam 2006 eine Präsidentin ins Amt, die selbst Folteropfer der Diktatur war und schon deshalb Verbindungen zu Menschenrechtsgruppen unterhielt. Ihre Regierung ließ zahlreiche Gedenkstätten errichten. Zudem eröffnete sie 2010 das Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, das ausschließlich der Diktatur und ihren Verbrechen gewidmet ist. Nach dem Tod Pinochets im Dezember 2006 lehnte Bachelet ein Staatsbegräbnis ab. Die Popularität des Diktators war in Teilen der chilenischen Bevölkerung jedoch ungebrochen, und so wohnten rund 60 000 Menschen der Trauerfeier auf dem Militärgelände bei.

2010 kam erstmals nach der Diktatur wieder eine Koalition rechter und damit der Diktatur nahestehender Parteien unter Sebastián Piñera an die Regierung. Damit begann eine neue Phase der Vergangenheitspolitik, in der das politische Interesse an der Geschichte nachließ. Dies zeigte sich vor allem an Maßnahmen wie der Kürzung der Mittel für das Museo de la Memoria oder der Entlassung von engagierten Anwältinnen und Anwälten des Menschenrechtsprogramms oder von Spezialisten der Polizei zur Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen.

Dennoch blieb das Thema der Diktaturvergangenheit öffentlich präsent, unter anderem in Fernsehsendungen und Filmen, wobei sich zunehmend eine „Gegenerinnerung“ entwickelte, die die vermeintlich positiven Seiten der Diktatur stärker in den Vordergrund rückte. So hat sich in Chile eine hybride Erinnerung herausgebildet, in der die „schlechten“ Seiten der Dikta-

tur mit den „guten“ Entwicklungen verrechnet werden.⁰⁸ So verwies Präsident Piñera anlässlich des 40. Jahrestages des Putsches zwar auf die Verantwortung der zivilen Kollaborateure der Diktatur an den Menschenrechtsverbrechen, betonte aber gleichzeitig die vermeintlich positiven wirtschaftlichen Reformen. Dieser Erinnerungsdiskurs beeinflusste auch einen Wandel in der vergangenheitspolitischen Ausrichtung Chiles. In den 2010er Jahren wurde weniger über Opfer, Täter und Menschenrechtsverbrechen gesprochen. Vielmehr rückte das soziale und politische Erbe der Diktatur in den Mittelpunkt der Debatten.

Die Ablehnung des von der Diktatur geerbten privatisierten Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystems durch große Teile der Bevölkerung äußerte sich ab Oktober 2019 in einer Reihe von Protesten, dem sogenannten *estallido social*. Die Proteste der Chileninnen und Chilenen lösten eine neue Etappe der Vergangenheitspolitik aus, in der sich der Fokus mehr auf die für viele unzureichenden Maßnahmen der vergangenen 30 Jahre als auf die eigentliche Diktaturvergangenheit richtete. Erst die Vorbereitungen zum 50. Jahrestag brachten die Diskussion um die historische Einordnung von Allende, Pinochet und der Diktaturverbrechen wieder auf die Tagesordnung.

POSITIVE BILANZ?

Auf den ersten Blick fällt die Bilanz der Vergangenheitspolitik in Chile positiv aus. Insbesondere in den Bereichen Wahrheitsfindung, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung wurden seit 1990 zahlreiche Fortschritte erzielt. So haben die beiden Wahrheitskommissionen wesentlich zur offiziellen Wahrheitsfindung über die grausamen Verbrechen der Diktatur beigetragen, die heute nur noch von Personen der extremen Rechten relativiert oder geleugnet werden. Ebenso leistete und leistet der chilenische Staat – vor allem im Vergleich zu den Nachbarländern – durchaus umfangreiche Wiedergutmachungszahlungen an die Opfer der Diktatur. Diese umfassen auch Hilfen zur medizinischen und psychologischen Betreuung oder Ausbildungskosten für die Kinder- und Enkelgene-

⁰⁸ Vgl. Stephan Ruderer, *Hybride Erinnerung. Geschichtspolitik in Chile*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1/2010, S. 129–156.

ration.⁰⁹ Daneben gab und gibt es zahlreiche Menschenrechtsprozesse gegen die Täterinnen und Täter der Diktaturverbrechen. Auch wenn diese allzu oft mit milden Strafen davorkommen oder sie in einem eigens errichteten luxuriösen Sondergefängnis verbüßen dürfen, zeigen die Prozesse doch die immensen Fortschritte im Bereich der Justiz, die in den 1990er Jahren personell und ideologisch noch der Diktatur verhaftet war.

Die Fortschritte, insbesondere in ihrer zeitlichen Abfolge, werden noch deutlicher, wenn man sie mit den vergangenheitspolitischen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht. 30 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur begann das gesellschaftspolitische Bewusstsein für das größte Verbrechen der Nationalsozialisten, den Holocaust, sich gerade erst zu entwickeln. Und es dauerte weitere zehn Jahre, bis Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 in seiner berühmten Rede davon sprach, dass das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht als Niederlage, sondern als Befreiung zu verstehen sei.¹⁰ Aus dieser Perspektive und mit Blick auf die Zeit nach dem Ende der Pinochet-Diktatur kann die chilenische Vergangenheitspolitik, gerade angesichts der schwierigen Ausgangsbedingungen, positiv bewertet werden.

Diese positive Bilanz ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite betrifft den öffentlichen Diskurs und die Erinnerungsnarrative über die Vergangenheit. Auch hier hilft der Vergleich mit der Bundesrepublik, um den chilenischen Fall einordnen zu können. Auch wenn in Westdeutschland in den 1950er Jahren vergangenheitspolitische Maßnahmen vor allem auf die Reintegration ehemaliger NS-Kollaborateure in den demokratischen Staatsapparat zielten und Umfragen zeigten, dass viele Deutsche privat positive Assoziationen mit der NS-Zeit verbanden, war es öffentlich keinem noch so konservativen Akteur möglich, positive Aspekte des Nationalsozialismus zu würdigen.¹¹ Das moralische Urteil über die Diktatur war in der öffentlichen Debatte

auch dank der Reeducation-Maßnahmen der Alliierten eindeutig, und diese klare Distanzierung von der Diktatur sollte sich positiv auf die gesellschaftspolitische Demokratisierung in Deutschland auswirken.

In Chile hingegen ist der öffentliche Diskurs über die Vergangenheit der defizitärste Bereich, zumindest im Hinblick auf das Ziel einer tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Demokratisierung. Zwei der heute wichtigsten rechten Parteien Chiles, RN und UDI, wurden während der Diktatur mit dem expliziten Ziel gegründet, deren Errungenschaften zu verteidigen. Zudem bekleiden seit 1990 zahlreiche Angehörige des Pinochet-Regimes hohe politische Ämter, ohne dass dies von der Mehrheit der Bevölkerung als Problem wahrgenommen wird. Darüber hinaus ist es – wie das Eingangszitat zeigt – nach wie vor möglich, die „positiven“ Seiten der Diktatur entgegen dem historischen Kenntnisstand öffentlich zu betonen. Diese hybride Erinnerung erschwert auch 50 Jahre nach dem Putsch die moralisch und gesellschaftspolitisch wichtige Abgrenzung zwischen Diktatur und Demokratie und beeinflusst die aktuellen Vergangenheitsdebatten.

AKTUELLE ERINNERUNGSDEBATTEN

Die Rede zum 50. Jahrestag des Putsches am 11. September 2023 wird der junge linke Präsident Gabriel Boric halten. Dieser hatte sich bei seinem Amtsantritt im März 2022 bewusst in die Tradition Allendes gestellt. Seine Koalition besteht aus vielen jungen Parteien, die weniger Rücksicht auf die Aushandlungsmechanismen des Demokratisierungsprozesses nehmen müssen. Gleichzeitig aber wurde der erste, progressive Verfassungsentwurf, den die Regierung Boric deutlich unterstützt hatte, im September 2022 von über 60 Prozent der Chileninnen und Chilenen abgelehnt, und im neuen Verfassungskonvent stellen die ultrarechten Republikaner fast die Hälfte der Mitglieder. Das politische Meinungsklima in Chile hat sich innerhalb kürzester Zeit stark nach rechts verschoben. Die aktuellen politischen Kräfteverhältnisse sind somit mitentscheidend für die Vergangenheitspolitik und die Erinnerungsnarrative zum 50. Jahrestag.

Die Regierung versucht, ihre politische Nähe zu den Opfern der Diktatur zu demonstrieren. So wurde 2023 der erste staatliche Plan zur Suche der

09 Vgl. Veit Straßner, *Die offenen Wunden Lateinamerikas. Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile*, Wiesbaden 2007.

10 Vgl. Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001.

11 Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

immer noch zahlreichen Verschwundenen gestartet und weitere Foltergefängnisse zu Gedenkstätten erklärt, sodass es nun in allen Regionen Chiles mindestens einen offiziellen Gedenkort für die Diktaturverbrechen gibt. In den bisherigen Regierungserklärungen zum 50. Jahrestag wird vor allem der Kampf der chilenischen Zivilgesellschaft gegen die Diktatur und für die Rückkehr zur Demokratie gewürdigt. Opfer oder gar Täterinnen und Täter kommen hingegen kaum vor – so wird auch Pinochet nicht erwähnt. Der offizielle Slogan „Demokratie ist Erinnerung und Zukunft“ verweist auf die Bedeutung der Demokratie und richtet den Blick in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit. Dies ist angesichts der Bedrohung der heutigen Demokratie durch die Wahlerfolge der rechtsextremen Republikaner sinnvoll, lässt aber gleichzeitig Raum für „Erinnerungen“, die ein klares Bekenntnis gegen die Diktatur verhindern.

Die öffentliche Debatte in Chile wird nach wie vor von Äußerungen chilenischer Politikerinnen und Politiker aller rechten Parteien, Militärs oder Angehörigen der Wirtschaftseliten dominiert, in denen eine klare moralische Verurteilung und Abgrenzung von der Diktatur fehlt. Dies hängt auch mit der monopolisierten Presselandschaft zusammen, die eines der größten Probleme der chilenischen Demokratie ist: Fast alle nationalen Fernsehsender und Tageszeitungen befinden sich nach wie vor in der Hand von Unternehmen, die Verbindungen zur Diktatur hatten.

SCHLUSS

Die Debatten zum 50. Jahrestag des Putsches sind von vier Elementen geprägt. *Erstens* sind wieder vermehrt lobende Worte für Pinochet selbst zu vernehmen. So brachte der republikanische Politiker Luis Silva jüngst seine Bewunderung für den „Staatsmann“ Pinochet zum Ausdruck. Präsident Boric antwortete auf diese Äußerung, indem er die Menschenrechtsverbrechen und die Korruption Pinochets deutlich hervorhob.¹² Mit einer positiven Bewertung des Diktators lässt sich in Chile kaum noch politischer Gewinn erzielen.

Uneindeutiger, aber nicht weniger demokratiegefährdend sind *zweitens* Einschätzungen, die die Verbrechen der Allende-Regierung mit de-

nen der Diktatur gleichsetzen, um letztere implizit zu entschuldigen. Allende und seine Regierung mögen eine Mitverantwortung für das Ende der Demokratie 1973 tragen, dies rechtfertigt aber keineswegs ein Verständnis für den Putsch und die grausamen Verbrechen der Diktatur, wie es in manchen Äußerungen immer wieder nahegelegt wird.

Daneben steht *drittens* der eingangs erwähnte Diskurs, der „Licht und Schatten“, „gute“ und „schlechte“ Seiten der Diktatur sieht und damit genau jene hybride Erinnerung transportiert, in der es keine klare moralische Abgrenzung zwischen Diktatur und Demokratie gibt.

Dieses Erinnerungsnarrativ wird *viertens* begleitet von der Forderung, die Vergangenheit ruhen zu lassen und den Blick in die Zukunft zu richten, also von einem Diskurselement, das sich gerade vor dem Hintergrund der hybriden Elemente in Bezug auf die Vergangenheit auch für die Zukunft der chilenischen Demokratie als problematisch erweisen kann.

Insgesamt fehlt in Chile auch zum 50. Jahrestag des Putsches ein gesellschaftlich geteilter Erinnerungsdiskurs, der über alle politischen Lager hinweg die Diktatur eindeutig verurteilt. Dies hat historische und politische Gründe. Für die chilenische Gesellschaft bleibt jedoch die Aufgabe, eine Erinnerung an die Vergangenheit zu etablieren, die klar zwischen Diktatur und Demokratie unterscheidet und die Überzeugung *nunca más* („nie wieder“) bei allen politisch relevanten Akteuren verankert.

STEPHAN RUDERER

ist Assistenzprofessor am Institut für Geschichte der Pontificia Universidad Católica (PUC) in Santiago de Chile.

stephan.ruderer@uc.cl

¹² Vgl. Gabriel Boric Font, Tweet vom 31. 5. 2023, <https://twitter.com/GabrielBoric/status/1663963139434586119>.

DIE MAPUCHE

Zur Geschichte eines Konflikts

Johanna Höhl

Die Mapuche sind die größte indigene Gruppe Chiles. Die von ihnen bewohnten und beanspruchten Gebiete im Süden Chiles sind attraktiv für die Land- und Forstwirtschaft, die Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere durch Wind- und Wasserkraft, den Tourismus, aber auch für andere wirtschaftliche (Groß-)Projekte, etwa im Bausektor. Das Vorantreiben der wirtschaftlichen Entwicklung führt zu Konflikten zwischen den Mapuche und dem chilenischen Staat, Unternehmen und der chilenischen Gesellschaft. Dabei geht es vor allem um Landbesitz und die Nutzung vorhandener Ressourcen. Die Mapuche fordern zunehmend mehr Autonomie, um in den von ihnen bewohnten Gebieten selbst bestimmen zu können, wie zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung gestaltet werden soll.

Im 2019 gestarteten Prozess zur Erarbeitung einer neuen Verfassung spielten die Mapuche eine zentrale Rolle. Sieben Mapuche waren in der verfassungsgebenden Versammlung vertreten, und die indigene Gruppe stellte mit Elisa Loncón die Präsidentin des Verfassungskonvents. Parallel zur Formulierung der neuen Verfassung verlängerte die Regierung unter Sebastian Piñera als Antwort auf die in verschiedenen Gebieten im Süden des Landes teils gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und Mapuche-Organisationen kontinuierlich den Ausnahmezustand.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Mapuche und dem chilenischen Staat sind keineswegs neu. Sie reichen zurück bis ins 19. Jahrhundert. Schon damals spielten wirtschaftliche Interessen des jungen Staates für den Umgang mit den Mapuche eine zentrale Rolle. Ziel war es, den Zugang zu wichtigen Ressourcen zu sichern. Der chilenische Staat erließ Gesetze, die diesem Ziel dienten – im 19. Jahrhundert ging es vor allem um die Sicherung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen. Ein kontinuierlicher Prozess der Inklusion und Exklusion der indigenen Bevölkerung setzte ein. Es bildeten sich voneinander abgrenzende Gruppen innerhalb

des chilenischen Staatsgebiets heraus, die sich zum Teil unversöhnlich gegenüberstanden und bis heute gegenüberstehen.⁰¹

Im Dezember 1997 rückten Brandanschläge der Mapuche auf Lastwagen des Holzunternehmens Arauco in Lumaco die Spannungen zwischen den verschiedenen Akteuren wieder auf die nationale Agenda. In dieser Zeit etablierten sich auch die Begriffe *conflicto mapuche*, *problema mapuche* und *cuestión mapuche* in den Medien, Politik und Gesellschaft, aber auch unter den Mapuche selbst. Doch wie formieren sich die miteinander in Konflikt stehenden Gruppen? Wer ist in den sogenannten Mapuche-Konflikt involviert? Was steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen?

INDIGENE VÖLKER IN CHILE

Mit fast 1,8 Millionen Menschen sind die Mapuche die größte indigene Gruppe in Chile. Hinzu kommen neun weitere indigene Völker, die der chilenische Staat durch das 1993 verabschiedete Ley Indígena anerkennt. Dazu zählen die Aymara, Rapa Nui, Atacameños, Collas, Diaguitas, Changos, Quechua, Kawashkar und Yámana. Der Anteil der indigenen Bevölkerung ist im Norden und Süden Chiles am höchsten. Insgesamt liegt der Anteil der chilenischen Bevölkerung, die sich im Zensus 2017 einer indigenen Gruppe zugeordnet hat, bei rund 13 Prozent.⁰² Der Großteil der Mapuche lebt heute in Städten; in Santiago, Concepción und Temuco. Die Migration in die Städte führte jedoch nicht automatisch zu einer Integration in die chilenische Gesellschaft. Vielmehr hat sich auch hier Ethnizität als soziale Kategorie etabliert.⁰³ Die Mapuche sind eine heterogene ethnische Gruppe. Sie definieren ihre soziale Zugehörigkeit auf der Basis unterschiedlicher Selbstzuschreibungen, die durch die Interaktion mit anderen Bevölkerungsgruppen und deren Fremdzuschreibungen geprägt sind.

Die Mapuche bezeichnen sich seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als solche und nutzen

den Begriff, um sich von anderen gesellschaftlichen Gruppen abzugrenzen. Die Spanier:innen hingegen bezeichneten die Mapuche als Araukaner. Dieser Begriff wurde nach der Unabhängigkeit von der spanischen Krone 1818 zunächst von den Chilen:innen übernommen, um sich auf gesellschaftliche Gruppen zu beziehen, die sich in den Gebieten südlich des Flusses Bío Bío konzentrierten.⁰⁴ Erst Anfang der 1980er Jahre forderten die Mapuche den chilenischen Staat und die chilenische Gesellschaft explizit auf, die Bezeichnung Araukaner durch Mapuche zu ersetzen. Dass diese Aufforderung erst zu diesem Zeitpunkt erfolgte, hängt zum einen damit zusammen, dass sich die Mapuche zuvor vielmehr als die einzig wahren Chilen:innen wahrnahmen. Zum anderen führte die Assimilationspolitik der Diktatur unter Augusto Pinochet zu einem veränderten Selbstverständnis und damit zu einer stärkeren Abgrenzung von der chilenischen Bevölkerung, die von den Mapuche abwertend als *winka* bezeichnet werden.⁰⁵

ABGRENZUNGSMECHANISMEN

Die Übergänge der sozialen Zugehörigkeit von Gruppen sind oft fließend. Zentral ist dabei das Zusammenspiel von Selbst- und Fremdzuschreibungen, die sich voneinander unterscheiden und auf unterschiedlichen Faktoren basieren können. Ein zentrales Element der Zuschreibung sind rechtliche Grundlagen. So wurde in den 1960er Jahren gesetzlich festgelegt, wer zur indigenen Bevölkerung gehört. Während der Diktatur wurde hingegen versucht, die Existenz der Mapuche per Dekret auszulöschen. Heute definiert das Ley Indígena, wer formell zu einer der zehn ethnischen Gruppen Chiles gehört. Dabei wird sowohl auf Elemente der Selbst- als auch der Fremdzuschreibung zurückgegriffen. Die Einordnung der Mapuche als soziale Gruppe ist dabei eng mit der

Inklusions- und Exklusionspolitik des chilenischen Staates und den damit verbundenen Fremdzuschreibungen verknüpft, die einerseits auf Ausgrenzung und andererseits auf forcierter Assimilation beruht. In diesem Kontext von Ausgrenzung und forcierter Assimilation haben sich die Mapuche immer wieder selbst definiert.

Die in den Städten lebenden Mapuche, die im ständigen Kontakt mit nicht-indigenen Chilen:innen sind, konstruieren ethnische Identitäten anders als die Mapuche in den Mapuche-Gemeinschaften. Während es im städtischen Raum häufig um die Abgrenzung von der chilenischen Mehrheitsbevölkerung geht, ist innerhalb der Mapuche-Gemeinschaften die Konstruktion von Zugehörigkeit zentral. Ethnische Identitäten sind daher situations- und kontextabhängig, was zu Spannungen innerhalb der ethnischen Gruppe führt. Es kommt vor, dass Mapuche, die in ländlichen Gebieten oder Mapuche-Gemeinschaften leben, sich von denen in den Städten abgrenzen, die sich selbst als Mapuche verstehen und in den Städten als solche wahrgenommen werden. Diese werden dann abwertend als *awinkados* bezeichnet.⁰⁶ Mapuche zu sein, ist also kein starres Konzept.⁰⁷ Vielmehr kann es für verschiedene Individuen je nach Situation Unterschiedliches bedeuten. Dies erklärt auch die Komplexität, die sich hinter dem Begriff „Mapuche-Konflikt“ verbirgt.

DIE MAPUCHE UND DER STAAT

Seit den 2010er Jahren hat sich das Verhältnis zwischen den Mapuche und dem chilenischen Staat zugespitzt: Brandstiftung auf der einen, Polizeigewalt auf der anderen Seite. Bestimmte Gegenden der sogenannten roten Zone im Süden des Landes sind für staatliche Vertreter:innen nicht mehr zugänglich. Dieses spannungsreiche Verhältnis hat eine lange Geschichte.⁰⁸ Die 1850 begonnene Offensive zur Besetzung der Region Araucanía stellt eine Zäsur in den Beziehungen dar. Die gewaltsame Unterwerfung der Mapuche und die damit verbundene Gesetzgebung zur

01 Vgl. Johanna Höhl, „Wir sind keine Chilenen, wir sind Mapuche.“ Die Mapuche im Spannungsfeld zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, 1973–1997, Darmstadt 2022².

02 Vgl. Instituto Nacional de Estadísticas, Síntesis de Resultados Censo 2017, Santiago 2018, S. 16, www.censo2017.cl/descargas/home/sintesis-de-resultados-censo2017.pdf.

03 Vgl. Andrea Aravena, Los Mapuche-Warriache Procesos Migratorios e Identidad Mapuche Urbana en el siglo XX, in: Guillaume Boccara (Hrsg.), Colonización, Resistencia y Mestizaje en las Américas. Siglos XVI-XX, Quito 2002, S. 359–385.

04 Vgl. José Bengoa, Los Mapuches: historia, cultura y conflicto, in: Cahier des Amériques Latines 68/2011, S. 89–107.

05 Vgl. Höhl (Anm. 1).

06 Vgl. Sonia Montecino, Identidades de género en América Latina. El lenguaje de la Diversidad, in: Manuel Antonio Garretón (Hrsg.), América Latina: un espacio cultural en el mundo globalizado, Bogotá 2002, S. 249–293, hier S. 280.

07 Vgl. Patricia Richards, Pobladoras, Indígenas, and the State. Conflicts Over Women's Rights in Chile, New Brunswick 2004, S. 170.

08 Vgl. Bengoa (Anm. 4).

Landnahme durch chilenische und europäische Siedler:innen begründet die *Deuda Histórica* („historische Schuld“),⁰⁹ auf die sich die Mapuche seit den 1980er Jahren in den Auseinandersetzungen mit dem chilenischen Staat, aber auch mit anderen Akteuren wie Forstunternehmen beziehen. Das Konzept der *Deuda Histórica* dient der moralischen Bekräftigung ihrer Forderungen und bezieht sich auf die großflächige Enteignung ihres Landbesitzes sowie ihre Umsiedlung und Ausgrenzung in sogenannte Reduktionen. Zentrales Motiv für die militärische Besetzung der Mapuche-Gebiete im Süden Chiles war die Ausbeutung der dort vorhandenen Ressourcen. Um diesen Zugriff zu erleichtern, wurden die Mapuche im Zuge der Segregationspolitik, die mit dem Abschluss der Besetzung der Region Araucanía 1883 begann, enteignet, umgesiedelt, und ihr Landbesitz wurde über sogenannte *Títulos de Merced* dokumentiert.¹⁰ Diese Landtitel sind im Kontext des Mapuche-Konflikts bis heute relevant, da die Mapuche ihre Landansprüche daran knüpfen.

Mit dem Ende des Umsiedlungsprozesses initiierte der chilenische Staat 1929 eine Inklusionspolitik. Die Mapuche sollten den Chilen:innen gleichgestellt werden. Zwei Elemente waren dabei zentral: Zum einen sollte die Inklusion durch Bildung erfolgen. So sollten die Mapuche zu Chilen:innen „erzogen“ werden. Dazu wurden zahlreiche Schulen in den von Mapuche bewohnten Gebieten gebaut. Der Unterricht fand in spanischer Sprache statt, was die indigenen Sprachen in den privaten Raum verdrängte und Spanisch als dominante Sprache etablierte. Zum anderen ging es der chilenischen Regierung um die Regelung des Landbesitzes. Die indigene Bevölkerung sollte individuelle Besitztitel erhalten, wofür die *Títulos de Merced* innerhalb der Mapuche aufgeteilt werden sollten. Diese Politik zielte auf eine Homogenisierung der chilenischen Gesellschaft.

Eine weitere Zäsur im Umgang mit den Mapuche war die Mitte der 1960er Jahre eingeleitete Landreform zur Eindämmung des Großgrund-

besitzes. Bewohner:innen ländlicher Gebiete und Kleinbauern erhielten im Rahmen dieser Reformen Land zur landwirtschaftlichen Nutzung. So gingen im Zuge der Agrarreform unter Salvador Allende 70 000 Hektar Land an die Mapuche. Mit dem Militärputsch 1973 und dem Beginn der Diktatur wurden diese Landreformen jedoch abrupt gestoppt, und ein gegenläufiger Prozess setzte ein. Im Rahmen der tiefgreifenden marktwirtschaftlich orientierten Reformen förderte Pinochet erneut die Individualisierung der Landbesitztitel. Zwischen 1979 und 1990 wurden 2000 Reduktionen aufgeteilt und rund 72 000 individuelle Besitztitel an die indigene Bevölkerung vergeben.¹¹

Mit der Rückkehr zur Demokratie wurde mit dem *Ley Indígena* eine neue Gesetzgebung geschaffen, die die Rechte der indigenen Bevölkerung und deren Landbesitz schützen soll. Die Forderungen nach einer verfassungsrechtlichen Anerkennung der indigenen Bevölkerung wurden jedoch von den seit 1990 demokratisch gewählten Regierungen Chiles bisher nicht erfüllt. Aus Sicht der Mapuche ist die Anerkennung und Repräsentation jedoch ein wichtiger Schritt, um die Spannungen abzubauen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes hat die chilenische Regierung aber auch einen Fonds eingerichtet, der die Enteignungsprozesse durch den Kauf von Land- und Wasserrechten rückgängig machen und damit zentralen Konfliktpunkten entgegenwirken soll.

WASSERNUTZUNG IN CHILE

Der Fonds wird von der Nationalen Kommission für indigene Entwicklung (CONADI) verwaltet. Die darin verankerte Kombination von Wasser und Land ist für die indigene Bevölkerung sehr wichtig. Wasserressourcen in Chile geraten zunehmend unter Druck. Verantwortlich dafür ist neben dem Klimawandel auch der Umgang mit Wasser durch verschiedene Akteure – in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Forstwirtschaft, aber auch bei der Planung und Umsetzung diverser Immobilienprojekte. Gleichzeitig ist Wasser in Chile geografisch ungleich verteilt. Während es im Norden des Landes kaum Niederschläge gibt, steht im Süden – zumindest po-

09 Zur *Deuda Histórica* siehe Julio Paillalef, *Los Mapuche y el proceso que los convirtió en Indios. Psicología de la Discriminación*, Santiago 2003.

10 Nicht alle Mapuche haben solche Landtitel erhalten, und in einigen Fällen wurde der dafür notwendige Prozess nicht abgeschlossen. Dies führt bis heute zu Landkonflikten. Vgl. Domingo Colicoy, *Estado chileno-sociedad mapuche*, VII Congreso Internacional del CLAD sobre la Reforma del Estado y la Administración Pública, Lissabon 2002.

11 Vgl. Höhl (Anm. 1); Olaf Kaltmeier, *iMarichiweul! – Zehnmal werden wir siegen! Eine Rekonstruktion der aktuellen Mapuche-Bewegung in Chile aus der Dialektik von Herrschaft und Widerstand seit der Conquista*, Münster 2004.

tenziell – reichlich Wasser zur Verfügung. Darüber hinaus spielt auch die gesetzliche Regelung der Wassernutzung eine wichtige Rolle für die Wasserverfügbarkeit.

Die Wassernutzung in Chile wird seit 1981 im Código de Aguas marktwirtschaftlich geregelt. Auch 2005 durchgesetzte Reformen haben an diesem Grundsatz nichts verändert. Das Gesetz schützt private Eigentumsrechte, begünstigt freie Märkte für Wassernutzungsrechte und gewährt den Eigentümer:innen Autonomie über die Art der Nutzung. Dadurch wurden die Rolle und die Befugnisse der Regierung bei der Bewirtschaftung und Regulierung von Wasser stark eingeschränkt. Zudem wurden die Wassernutzungsrechte vom Landbesitz entkoppelt, und die Eigentümer:innen müssen für die Nutzungsrechte keine Abgaben an den Staat zahlen. Gleichzeitig wird die Nutzungsart den Eigentümer:innen überlassen. Diese Gesetzgebung hat zu einer Konzentration von Wasserrechten zum Beispiel im Energiesektor und in der Landwirtschaft, zu Spekulation und letztlich zu Konflikten um die Nutzung von Wasser geführt.

Indigene Gruppen sind häufig indirekt in Wassernutzungskonflikte involviert. Im Süden des Landes, wo die Mapuche betroffen sind, entstehen Wasserkonflikte vor allem im Zusammenhang mit der Forstwirtschaft. Sowohl die indigene Bevölkerung als auch die Forstunternehmen besitzen oft keine Wassernutzungsrechte, nutzen aber die Ressource und verknapen sie. Dies führt dazu, dass die Mapuche-Gemeinschaften im Süden des Landes häufig durch Tankwagen mit Trinkwasser versorgt werden müssen, das der Staat den Eigentümer:innen der Wassernutzungsrechte abkaufen muss.

RALCO-TALSPERRE

Die Planung und der Bau einer Talsperre am Fluss Bío Bío im Süden Chiles in den 1990er Jahren – der Staudamm Ralco – zeigen beispielhaft die Spannungen zwischen dem chilenischen Staat, der chilenischen Gesellschaft, Unternehmen und der betroffenen Mapuche-Gruppe der Pehuenche um die Nutzung von Ressourcen auf. Ralco ist eine Talsperre, die den zentralen Fluss der Region Bío Bío rund 120 Kilometer südöstlich von Los Ángeles in den chilenischen Anden staut. Das mit 568 Millionen US-Dollar finanzierte Projekt des ehemaligen chilenischen Staatsunternehmens Endesa kann bis zu 690 Megawatt Strom produzie-

ren, und die Talsperre hat ein Fassungsvermögen von 1,2 Milliarden Kubikmeter Wasser.¹²

Endesa unterzog das Projekt 1994 freiwillig einer Umweltverträglichkeitsprüfung. An diesem Prozess sind verschiedene staatliche Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen beteiligt, unter anderem aus den Bereichen Umwelt, Energie und indigene Belange, aber auch Vertretungen des chilenischen Staates auf regionaler und lokaler Ebene. Insbesondere die Nationale Kommission für Umwelt- und Naturschutz (CONAMA) und die CONADI beklagten, dass das Projekt nicht den gesetzlichen Regularien entspreche. Die CONADI lehnte das Projekt unter anderem wegen der damit verbundenen Trennung von Familien, dem Verlust des angestammten Territoriums und der Veränderung des kulturellen Lebens der indigenen Bevölkerung ab. Die Entscheidung, das Projekt dennoch umzusetzen und den Staudamm zu bauen, ist somit ein Paradebeispiel für die politische Unterstützung wirtschaftlicher Großprojekte zulasten indigener Rechte durch den chilenischen Staat. Die Energiegewinnung wurde über den Schutz der indigenen Bevölkerung gestellt.¹³ 2004 ging das Wasserkraftwerk in Betrieb. Dafür wurden 675 Menschen umgesiedelt, davon etwa 500 Angehörige der Mapuche-Pehuenche.¹⁴

Der Konflikt um Ralco verdeutlicht die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Verständnisse von Wasser und Land, aber auch von wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Fortschritt. Die betroffenen Mapuche werden in eine passive Beobachterrolle gedrängt und ihre Rechte werden Investitionen und transnationalen Interessen untergeordnet. Die Beziehungen zwischen den Mapuche und dem chilenischen Staat sowie anderen Akteuren, aber auch innerhalb der indigenen Gruppe, sind von einem Diskurs geprägt, demzufolge indigener Widerstand die wirtschaftliche Entwicklung des Landes behindere. Der Umsiedlungsprozess im Zuge des Staudammbaus hat somit eine doppelte Bedeutung: Einerseits sollen die Mapuche am wirtschaftlichen Fortschritt teilha-

¹² Vgl. Johanna Höhl, *Hidroelectricidad y pueblos indígenas: un análisis del megaproyecto Ralco en la Región Bío Bío, Chile*, in: Astrid Ulloa/Hugo Romero-Toledo (Hrsg.), *Agua y disputas territoriales en Chile y Colombia*, Bogotá 2018, S. 297–331; Domingo Namuncura, *Ralco. Represa o pobreza?*, Santiago 1999.

¹³ Vgl. Höhl (Anm. 1).

¹⁴ Vgl. Lawrence Susskind et al., *The Future of Hydropower in Chile*, *Journal of Energy and Natural Resources Law* 4/2014, S. 425–481.

ben, andererseits sollen sie aus dem Weg geräumt werden, um das Großprojekt nicht zu gefährden.¹⁵

Dennoch stellt Ralco einen Wendepunkt im Umgang mit solchen Großprojekten und den damit verbundenen sozialen und ökologischen Fragen dar.¹⁶ Die Bewegung Patagonia sin Represas, die sich 2007 gegen das auf Ralco folgende Großstaudammprojekt HidroAysén formierte, verknüpfte ihre Kritik mit den Auswirkungen von Ralco auf die Bevölkerung. Der Widerstand war groß und folgenreich: Während die Politik die Umsetzung von Ralco aktiv förderte, stoppte die chilenische Regierung den Bau des Staudamms in der Region Aysén.¹⁷ Heute werden Wasserkraftprojekte weitgehend vermieden. Der Fokus liegt vielmehr auf Wind- und Solarenergie. Seit 2013 müssen diese Projekte im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung auch eine indigene Konsultation, die Consulta Indígena, durchlaufen, wenn sie indigene Bevölkerungsgruppen betreffen.

KONVENTION 169 UND CONSULTA INDÍGENA

2008 hat die chilenische Regierung die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation zum Schutz der Rechte indigener Völker ratifiziert. Mit der Unterzeichnung dieses internationalen Abkommens verpflichtet sich der chilenische Staat, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu stärken. Die Konvention 169 schützt die Nutzung der natürlichen Ressourcen, die in den von indigenen Gruppen bewohnten Gebieten vorkommen. Sie sieht vor, dass Indigene an Entscheidungen über die Nutzung, Bewirtschaftung und Erhaltung dieser Ressourcen beteiligt werden.

Um die Umsetzung des Abkommens zu gewährleisten, etablierte die chilenische Regierung mit der Consulta Indígena neue Partizipationsprozesse für die indigene Bevölkerung: Zum einen wird die indigene Bevölkerung in die Entscheidungsfindung bei rechtlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen involviert, die sie direkt betreffen. Zum anderen werden betroffene indigene Gruppen in den Prozess der Umweltverträglichkeitsprüfung einbezogen. Die Consulta Indígena soll die indigene

Bevölkerung über das geplante Projekt informieren und ihr im Gegensatz zum regulären Partizipationsprozess, in den die chilenische Gesellschaft eingebunden ist, zumindest formal die Möglichkeit geben, auf die Umweltverträglichkeitsprüfung Einfluss zu nehmen.¹⁸ Die Zustimmung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen beziehungsweise zum Projekt ist jedoch immer klares Ziel einer Consulta Indígena. Aussagen und Forderungen indigener Gruppen, zum Beispiel nach Änderungen des Projektvorschlags, können, müssen aber nicht in die endgültige Entscheidung einfließen, die ohne Beteiligung der indigenen Bevölkerung getroffen wird. Da der tatsächliche Einfluss, den die indigene Bevölkerung über diesen Mechanismus auf die Ressourcennutzung nehmen kann, sehr begrenzt ist, wird die Consulta Indígena nicht nur von der indigenen Bevölkerung stark kritisiert.

Auf die Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Mapuche-Gruppen und -Bewegungen und dem chilenischen Staat hatte das Abkommen 169 kaum positive Auswirkungen. Die mit dem Abkommen verbundenen Hoffnungen der Mapuche auf mehr Autonomie in den von ihnen bewohnten Gebieten wurden enttäuscht. Diese Frustration führte zu einem zusätzlichen Legitimationsverlust des chilenischen Staates, da die eigentlichen Anliegen, aber auch die Vorschläge und Ideen der indigenen Bevölkerung, sofern sie von den vorgeschlagenen Projekten abweichen, im Prozess keine Berücksichtigung finden.¹⁹

SCHLUSS

Die mit der Ratifizierung der Konvention 169 etablierten Partizipationsprozesse haben den Dialog zwischen Mapuche und chilenischem Staat, Unternehmer:innen und der chilenischen Gesellschaft bisher nicht gefördert. Der Einfluss der Mapuche auf Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Ressourcennutzung ist nach wie vor sehr gering, was die bestehenden Spannungen weiter verschärft, da die Mapuche ihre Position auf andere Weise zum Ausdruck bringen. Zwar hat das seit März 2022 regierende Linksbündnis

¹⁵ Vgl. Höhl (Anm. 1); Kaltmeier (Anm. 11).

¹⁶ Vgl. Höhl (Anm. 12).

¹⁷ Vgl. Hugo Romero Toledo et al., *Ecología política y represas: elementos para el análisis del Proyecto HidroAysén en la Patagonia chilena*, *Revista de Geografía Norte Grande* 27/2014, S. 161–175.

¹⁸ Vgl. Ministerio de Desarrollo Social, Decreto 66, 15. 11. 2013; Ministerio del Medio Ambiente, Decreto 40, 30. 10. 2012.

¹⁹ Vgl. Johanna Höhl et al., *Governance of Water in Southern Chile: An Analysis of the Process of Indigenous Consultation as a Part of Environmental Impact Assessment, Society and Natural Resources* 34/2021, S. 1–20.



Mapuche in Osorno bei den sozialen Protesten in Chile 2019 für eine Verfassungsreform

Quelle: Fernando Lavoz/picture alliance/NurPhoto

unter Präsident Gabriel Boric einen anderen Umgang mit der Situation im Süden des Landes angekündigt. Doch auch diese Regierung reagierte kurz nach Amtsantritt auf die Auseinandersetzungen zwischen Forstunternehmen und Mapuche im Süden des Landes zunächst nur mit der Verhängung des Ausnahmezustands.²⁰

Mit der Ablehnung der neuen Verfassung im Referendum am 4. September 2022 wurde auch eine weitere Möglichkeit verworfen, einen neuen Umgang mit den Mapuche und der indigenen Bevölkerung zu etablieren. Die im neuen Verfassungstext formulierten Ideen zur Stärkung ihrer Rechte waren den Gegner:innen des Verfassungsentwurfs ein Dorn im Auge. Mit der Ablehnung wurde auch der Ruf nach der Verhängung des *estado de sitio* (Belagerungszustand) in der Region Araucanía lauter. Damit würden die Auseinandersetzungen in der Region einem Bürgerkrieg

gleichgesetzt und die Region weiter militarisiert. Die Polarisierung zwischen den Mapuche, dem chilenischen Staat, aber auch den Forstunternehmen und der chilenischen Gesellschaft würde weiter verschärft. Forderungen der beteiligten Akteure nach einer Entmilitarisierung der roten Zone im Süden des Landes fallen hingegen nicht auf fruchtbaren Boden. Eine politische Lösung der festgefahrenen Situation wird damit immer schwieriger.

Die Einrichtung einer Kommission für Frieden und Verständigung ist ein neuer Versuch, Antworten auf die Landfrage zu erarbeiten. Dazu werden seit März 2023 die Landforderungen der Mapuche systematisch aufgenommen mit dem Ziel, konkrete Mechanismen zur Landrückgabe zu entwickeln.²¹ Inwieweit diese Kommission und ihre Ergebnisse zu einem anderen Umgang mit der Deuda Histórica und der indigenen Bevölkerung beitragen können, bleibt abzuwarten.

20 Vgl. Cristopher Ulloa, Gobierno de Chile decreta estado de emergencia en las provincias de Arauco y Biobío por violencia, 17.5.2022, <https://cnnespanol.cnn.com/2022/05/17/chile-estado-emergencia-provincias-arauco-biobio-violencia-trax>.

21 Vgl. International Work Group for Indigenous Affairs, The Indigenous World 2023, Kopenhagen 2023, S. 325.

JOHANNA HÖHL

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Universität Heidelberg.
hoehl@uni-heidelberg.de

Zum Weiterlesen und Weitersehen.



NEU!

Auf den Sturz der demokratisch gewählten Regierung Salvador Allendes 1973 folgte eine Welle des Terrors vor allem gegen die Mitglieder und Anhänger der Volksbewegung Unidad Popular. Hunderttausende flohen ins Ausland, oft Familien mit kleinen Kindern. Diese Kinder des chilenischen Exils berichten in Film und Buch von ihrer Flucht, dem Leben in der Emigration in der Bundesrepublik und der DDR und von den Schwierigkeiten bei der Rückkehr nach Chile.

2023

Bestell-Nr. 11067

Buch inkl. DVD (45 + 90 Minuten) 7,00 Euro



[bpb.de/
shop](https://bpb.de/shop)

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. August 2023

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Martin Schiller
Johannes Piepenbrink
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
37–38/2023, 9. September 2023

NSU



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz